

01 | 2016

■ Von der Willkommens- zur Integrationskultur	04
■ Urbanisierung der Energiewende	07
■ Wohnungsbau: Raus aus den Startlöchern!	07
■ Feinstaub & Co.	08
■ Schule der Vielfalt	11
■ Bilanzieren gemäß Gemeinwohl	12
■ Mobilfunk: Strahlungsarme Techniken in Stuttgart!	15
■ Suchthilfe rettet Leben	19
■ Aus den Bezirken: Rastlos im Rotwildpark – Hallo Hall- schlag – Adieu Friedrichswahl – ...	23

FLÜCHTLINGE

Gut. Zusammen. Leben.

■ Der erste Tagesordnungspunkt zu Beginn des neuen Jahres in einer eigens anberaumten gemeinsamen Sitzung zweier Ausschüsse war: die sechste Tranche der Flüchtlingsunterkünfte. Es war spürbar, dass die Vorfälle an Silvester in Köln und auch in Stuttgart und die Reaktionen darauf die Stimmung sorgenvoller gemacht haben. Wie können wir diesen Spagat schaffen: einerseits klar und unmissverständlich zeigen, dass wir uns als freie Gesellschaft diese Vorfälle und Übergriffe nicht gefallen lassen, und uns andererseits deutlich verwehren gegen jene Stimmen, die meinen, sie könnten jetzt politisch davon profitieren? Jene, die nun unverhohlen Menschen, die in großer Not

aus Krisenländern zu uns kommen, pauschal diffamieren! Vor diesem Hintergrund ist es notwendiger denn je, dass wir unserer Aufgabe als Kommune nachkommen: die uns zugewiesenen Menschen so gut wie möglich aufzunehmen, sie zu betreuen und ihnen Angebote zur Integration zu machen.

VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN.

AUF DAS WIR KOMMT ES AN! |

Als die ersten Flüchtlinge aus Syrien zu uns kamen, haben wir noch in keiner Weise gewusst, wie sich die Zahlen entwickeln werden. 60 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht. Da ist es geboten, die Idee einer solidarischen Verteilung der Verantwortung innerhalb



EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

■ im vergangenen Herbst und Winter drehte sich im Gemeinderat (fast) alles um die Ausgestaltung des Haushalts. So liegt auch ein Schwerpunkt dieser STADTBLATT-Ausgabe auf den zurückliegenden Haushaltsberatungen und dem nun geltenden Doppelhaushalt 2016/2017. Es ist uns gelungen, den grünen Haushaltsentwurf unseres Oberbürgermeisters zu unterstützen und **WEITERE GRÜNE IMPULSE FÜR DIE STADT** zu setzen. Unsere urgrünen Themen wie Umwelt- und Klimaschutz, nachhaltige Mobilität, Wohnen und Wohnumfeld, Integration, Bildung, Soziales und Kultur sind auch Kernthemen des Haushalts und dieses STADTBLATTS geworden.

Der Bereich **INTEGRATION**, sei es durch ein groß angelegtes Sprachkursprogramm, im Quartier, durch Bildung oder mittels Arbeitsgelegenheiten, nimmt einen hohen Stellenwert ein. Im Aufgabenfeld Schulsanierung konnten wir Verbesserungen erreichen, ebenso bei Bildung und Betreuung sowie im Sozialbereich, besonders bei der Arbeitsförderung und der Suchthilfe. Und mit ersten Projekten von Wangen bis Bad Cannstatt rückt die Stadt nun näher an den Fluss.

Dem großen Problem, das Stuttgart durch den motorisierten Individualverkehr hat, stellen wir uns – mit Lösungsansätzen zum Bekämpfen von Feinstaub, der Fortführung des Parkraummanagements, besseren Fuß-, neuen Radwegen. Unsinnigen Plänen aus der Mottenkiste wie der Filderauffahrt oder dem Nord-Ost-Ring erteilen wir dagegen eine klare Absage.

Der Tier- und Naturschutz, die Umsetzung der urbanen Energiewende, Werterhalt und Sanierung bestehender Gebäude und eine verbesserte Stadtklimatologie sind weitere wichtige Themenkomplexe – im Haushalt wie im STADTBLATT. Viel Freude beim interessierten Lesen!

Petra Rühle

von Europa weiterzuentwickeln und anzunehmen, wie auch den Blick auf die Fluchtursachen zu lenken und bestimmter als bisher unseren Beitrag zu leisten, diese zu bekämpfen. Dabei müssen wir auch die im weltweiten Klimawandel begründeten, längst vorhersehbaren Fluchtursachen mitbedenken. Dies darf aber nicht dazu führen, dass wir in unseren Anstrengungen um die Versorgung der Flüchtlinge vor Ort nachlassen.

Dass uns kommunalpolitisch Verantwortlichen diese Aufgabe leichter gemacht werden kann, je besser die zentrale Erfassung der Neankömmlinge organisiert ist und wenn unsere Unterkünfte vorrangig von Menschen mit einer gesicherten Bleibeperspektive belegt werden, ist richtig. Daher sind wir froh, dass die Landesregierung diese Aufgabe seit Herbst in Heidelberg angeht.

IN KONTAKT KOMMEN! | Bei all dem tut es gut, immer wieder in direkten Kontakt mit Flüchtlingen, ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und mit hauptamtlichen Betreuern zu kommen. Ich war Gast beim Auszugsfest von rund 200 Flüchtlingen aus Syrien, Pakistan und anderen Ländern, die einige Monate gemeinsam in einer Turnhalle gelebt haben. Zwei Tage später ging es in die Systemunterkunft – dort hatten Familien wie auch Alleinstehende endlich eine Türe, die sie zumachen konnten. Die Stimmung war gut bis heiter, aber in Gesprächen wurden die Menschen oft ernst. Sie erzählen: Woher sie kommen, warum sie die Heimat, die Familie, die Freunde verlassen mussten

und ob sie Hoffnung auf ein Bleiberecht haben. Ja, sie wollen schnell die deutsche Sprache lernen, wollen arbeiten, uns kennen lernen. Für mich waren das berührende Momente, die ich nicht so schnell vergessen werde.

Dann das Gespräch mit den Ehrenamtlichen, den Menschen aus Weilimdorf, die seit Monaten unzählige Stunden helfen. Eine Familie erzählt mir, dass sie eine hochschwangere Frau mit ihrem Mann über die Feiertage zu sich nach Hause genommen hat. Die Frau bekam vor Kurzem ihr Kind, und die junge Familie wohnt nun die Tage bei den Helfern, bis sie in die Systemunterkunft einziehen kann. Irgendwie war es zum zweiten Mal Weihnachten, und die unaufgeregte Bemerkung der Gastgeber, eine Turnhalle sei ja nun nichts für eine Wöchnerin, machte sie für mich zu Helden des Jahreswechsels.

DIE VIELEN EHRENAMTLICHEN HELFERINNEN UND HELFER – SIE SIND DIE HELDEN UNSERER ZEIT. | Diese Selbstverständlichkeit des Handelns und die Stimmung des Willkommens in Stuttgart dürfen wir uns nicht kaputt machen lassen! Weder von denen, die – wie in Köln geschehen – unsere Werte und Gesetze missachten, noch von denen, die daraus politisch Kapital schlagen wollen. Dies wird umso wichtiger, da die Zahlen gestiegen sind und wir zwar weiterhin am Stuttgarter Weg der dezentralen Unterbringung festhalten, die einzelnen Unterkünfte jedoch größer werden und wir in der Auswahl der

*Gastfreundschaft findet immer Platz. Auch in der Turnhalle des Solitude-Gymnasiums, Weilimdorf.
Foto: Joachim E. Röttgers*

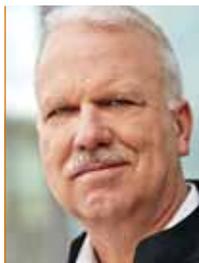


Flächen wenig Alternativen haben. Trotzdem werden wir die Unterkünfte einigermaßen gleichmäßig auf die Stadtbezirke verteilen können. Ende 2016 werden in allen 23 Bezirken Menschen untergebracht sein. Für ihre Betreuung sind sozialpädagogische Fachkräfte zuständig – auf je 136 Personen eine Kraft, sowie zusätzlich eine pädagogische Hausleitung mit demselben Betreuungsschlüssel. Faktisch ist dann ein Ansprechpartner für 68 Menschen da. Auf eine Unterkunft mit rund 400 Flüchtlingen kommen also sechs geschulte Fachkräfte vor Ort.

In den Beratungen zum Haushalt 2016/2017 haben wir zusätzliche Gelder bewilligt, um Integration entsprechend unserem Haushaltsmotto „Gut. Zusammen. Leben.“ durch Sprachkurse und Betreuung, durch Arbeitsmöglichkeiten wie auch durch ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Flüchtlingshilfe gelingen zu lassen.

Das Thema wird im Folgenden von verschiedenen Seiten beleuchtet – von Staatsrätin Gisela Erler, Bürgermeister Werner Wölfle, Bezirksvorsteherin Veronika Kienzle und meinem Fraktionskollegen Vittorio Lazaridis, und es wird weiter eine wichtige Rolle in unserer Fraktionsarbeit spielen.

Andreas G. Winter



FLÜCHTLINGE

Das neue Tabu: Wenn Flüchtlinge kaum Probleme machen

■ Ich reise gerade durch unser ganzes Bundesland, auch in viele kleine Orte. Selbst Bürgermeister, die lieber Grenzzäune hätten, berichten, dass es außerhalb der Einrichtungen bei ihnen kaum Probleme mit Flüchtlingen gibt. Im Schwimmbad z. B. sind laut Bäderverwaltungen in Baden-Württemberg sexuelle Übergriffe kaum vorgekommen – eher schon springen Flüchtlinge ins tiefe Wasser, obwohl sie nicht schwimmen können. In den Bädern wird auf Information und Betreuung durch mehr Personal und Ehrenamt gesetzt, nicht auf Eintrittsverbote.

In den Kommunen unterstützen wir als Landesregierung Dialoge, die auch skeptische BürgerInnen mit ihren Sorgen und Ängsten aktiv einbeziehen. Dabei sollen z. B. Strategien für die konkreten Fragen des Wohnungsbaus vor Ort, für die Begleitung von Flüchtlingen am Ausbildungsplatz oder auch lokale Sicherheitskonzepte unter Beteiligung von BürgerInnen und Polizei entwickelt werden. Keine Bürgerwehren! Integration gelingt vor Ort oder gar nicht. Unabhängig davon, wie viele Flüchtlinge noch kommen werden. Es ist weniger zu erkennen, dass sich Flüchtlinge nicht integrieren wollen, als dass immer noch ausreichend Deutschkurse fehlen.

KEINE BÜRGERWEHREN, KLARE REGELN! | Ja, natürlich, die Regeln für das Zusammenleben in Deutschland müssen früher und klarer erklärt werden. Daran arbeiten wir mit einer neuen Publikation in deutlicher Bildsprache, vor allem zum Thema Frauen/Männer. Eine solche Broschüre wird Ehrenamtlichen und gut integrierten Flüchtlingen helfen, mit den Neulingen auch über schwierige Themen zu sprechen. Sie wird unser sehr erfolgreiches Handbuch für ehrenamtliche Flüchtlingshelfer ergänzen.

Gesetzesänderungen im Sexualstrafrecht und verbesserte Möglichkeiten der Rückführung von kriminellen und abgelehnten Ausländern sind ebenfalls notwendig. Aber sinnvoll ist es eben auch, weiter zu erklären, dass die Flüchtlinge insgesamt keinesfalls krimineller sind als die einheimische Bevölkerung. Für die auffällige Gruppe von Algeriern, Tunesiern und Marokkanern, die seit einigen Monaten schon mit kriminellen Absichten einreisen, werden jetzt spezielle Maßnahmen entwickelt. Das ist nötig und richtig. Die Gruppe ist aber zahlenmäßig klein.

Köln ist eben nicht überall und nicht das Maß aller Dinge. Das wollen leider viele nicht hören. Es wird oft als Verharmlosung abgetan. Weil Sachlichkeit gerade leider keine Konjunktur hat. Die Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg leistet gemeinsam mit den Schulen und Behörden überall unbeirrt ihre wichtige Arbeit, ohne die die Integration nicht möglich ist. Es gibt keine Alternative zu einer lokalen Willkommenskultur. Gerade auch dann nicht, wenn es hoffentlich tatsächlich gelingt, die Flüchtlingszahlen zu begrenzen.

Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg

Gisela Erler.
Foto: Staatsministerium Baden-Württemberg



Von der Willkommens- zur Integration

Die Stadt Stuttgart bietet Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge.

■ Um die Integration der Flüchtlinge in Stuttgart entscheidend voranzutreiben, ist es ein elementarer Baustein, den Menschen schnellstmöglich Arbeitsgelegenheiten anzubieten. Denn über die Arbeit und die Kollegen lernt man Land und Leute kennen, man erwirbt erste Sprachkenntnisse, und ganz wichtig: Eine regelmäßige Beschäftigung schafft eine Tagesstruktur. Ich habe mich daher sehr über die Initiative der grünen Gemeinderatsfraktion gefreut, die mit Blick auf den Haushalt 2016/2017 beantragt hat, seitens der Stadtverwaltung Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge in größerem Umfang anzubieten und ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Flüchtlingshilfe vorschlug. Noch im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde ein Konzept entwickelt, das unterschiedliche Maßnahmen aufgreift. Dabei handelt es sich um das Zusammenspiel von Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge, Einsatzfeldern des Bundesfreiwilligendienstes und den Einsatz von jungen Menschen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr leisten möchten. Der Gemeinderat hat im Dezember zugestimmt, dass dafür in den beiden Haushaltsjahren 2016 und 2017 insgesamt 1,8 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Vorgesehen sind folgende Beschäftigungsarten:

1. AGH, ARBEITSGELEGENHEITEN FÜR FLÜCHTLINGE | Bei der Landeshauptstadt sollen in den städtischen Ämtern und Eigenbetrieben AGHs für AsylbewerberInnen aufgebaut werden. Die Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten erfolgt nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Eine AGH muss gemeinnützig sowie zusätzlich sein und darf keine regulären Arbeitsplätze verdrängen. Beispielsweise wäre der Einsatz beim Garten-, Friedhofs- und Forstamt (Reinigungsarbeiten, Grünflächenpflege), bei den Abfallwirtschaftsbetrieben (Reinigung Straßenbegleitgrün, Laubbeseitigung, etc.), bei den Bäderbetrieben (Haus- und Hofarbeiten bei den Hallen- und Freibädern) oder beim Eigenbetrieb „Leben und Wohnen“ (Mitarbeit in der Haustechnik und bei der Hauswirtschaft) denkbar. Pro Quartal soll ein Aufbau von 25 Plätzen erfolgen, beginnend im ersten Quartal 2016. Angesichts des vorgegebenen Finanzvolumens von 900.000 Euro werden zunächst 100 Arbeitsgelegenheiten bis Ende 2016 vorgeschlagen. Geplant ist jedoch, dass jeder dieser Plätze mehrfach besetzt wird. Denn den Menschen, die AGHs wahrnehmen, sollen im zeitlichen Wechsel mit ihrer Arbeitszeit gezielt Sprachkurse angeboten werden, um ihnen zu einem späteren Zeitpunkt einen möglichst optimalen Start in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Um diese Aufgabe zu stemmen, brauchen die jeweiligen Ämter und Eigenbetriebe, die AGHs anbieten, auch entsprechende Ressourcen (Sachkosten, Personalkosten z. B. für Anleitungspersonal).

2. BFD, BUNDESFREIWILLIGENDIENST IN DER FLÜCHTLINGSHILFE | Eine weitere Möglichkeit für gute Integrationsarbeit bietet der BFD, für den aktuell ein zusätzliches Platzkontingent für den Einsatz Freiwilliger in der Flüchtlingshilfe geöffnet wurde. Dieses Kontingent sowie die dafür angepassten Rahmenbedingungen ermöglicht es auch Flüchtlingen, einen solchen BFD zu leisten. Dies könnte eine Ergänzung zu den Arbeitsgelegenheiten darstellen.

OB Fritz Kuhn vor Ort in der Flüchtlingsunterkunft im Solitude-Gymnasium. Foto: Joachim E. Röttgers



ationskultur

Vorstellbar wäre etwa, die BFD-Leistenden für Transport- bzw. Organisationstätigkeiten im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten einzusetzen.

3. FSJ, FREIWILLIGES SOZIALES JAHR

Grundsätzlich gibt es bei der Stadtverwaltung Stuttgart im Themenfeld Flüchtlingshilfe vielfältige Einsatzfelder für junge engagierte Menschen mit interkulturellen Kompetenzen und Interessen. Das FSJ ist zudem eine gute Möglichkeit, diesen Personenkreis auch für eine Ausbildung oder ein Studium im Bereich Verwaltung oder Sozialpädagogik zu gewinnen.

Derzeit gibt es in den äußeren Stadtbezirken bei den Bezirksämtern sieben Praxisstellen, die zum Teil auch für die Unterstützung in den Flüchtlingskreisen vor Ort eingesetzt werden. Denkbar ist, diese Praxisstellen im kommenden Jahr deutlich zu erhöhen und die Tätigkeitsfelder stärker auf den Bereich Flüchtlingshilfe auszuweiten (unter anderem Mitarbeit bei der Koordination der Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge, Unterstützung bei der Organisation der Flüchtlingskreise vor Ort, Unterstützung bei konkreten Aktionen in den örtlichen Unterkünften). Ebenfalls denkbare und sinnvolle Einsatzfelder gibt es im Bereich des Sozialamts, des Jugendamts, bei den Eigenbetrieben, dem Sportamt, beim Welcome Center sowie bei der Koordination und Vernetzung der bürgerschaftlich Engagierten in der Flüchtlingsarbeit.

Wir wissen, dass dies eine große Herausforderung für alle Beteiligten in der Stadtverwaltung darstellt. Aber wir wissen auch, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hoch motiviert: Wir wollen es schaffen, wir brauchen aber dafür auch die notwendige personelle Unterstützung.

*Werner Wölfle,
Bürgermeister für
Allgemeine Verwaltung
und Krankenhäuser*



Foto: Jonas Közle

INTEGRATOR

Wer rastet, rostet – oder: Auf zu neuen Aufgaben!

Nachdem der langjährige Vorsitzende des Kuratoriums des Forums der Kulturen, Dr. Kurt-Jürgen Maaß, 2015 seinen Rücktritt angekündigt hatte, konnte noch vor Jahreswechsel eine hochkarätige Neubesetzung gefunden werden: Die Kuratoriumsmitglieder wählten Dr. Michael Kienzle, bis Sommer 2014 Grünes Gemeinderatsmitglied sowie Initiator und Vorsitzender der Stiftung Geißstraße Sieben, zu ihrem neuen Vorsitzenden. Wir gratulieren!

■ Lieber Michael, herzlichen Glückwunsch zu deiner Wahl zum Kuratoriumsvorsitzenden dieser wichtigen Institution in unserer Stadt, die zurecht stolz sein kann auf ihre Erfolge im Bereich der Integration neuer MitbürgerInnen aus allen Ländern der Welt, die aber auch nicht müde wird und nicht müde werden darf, Integration weiter voranzutreiben und zu befördern.

INTEGRATIV UND INTERKULTURELL

Bereits seit Langem engagierst du dich integrativ und interkulturell in der Stadt; so als Initiator und Vorsitzender der Stiftung Geißstraße Sieben, die nach dem Brandanschlag auf das Haus Geißstraße 7 in Stuttgart 1994 von dir ins Leben gerufen wurde. Seitdem konzipierst und verantwortest du dort ein interkulturelles und kritisches Programm, das für unsere Stadt unverzichtbar geworden ist.

Daher ist es nur folgerichtig, aber vor allem sehr lobenswert und ein Glücksfall, dass du dich nun zusätzlich zu deiner langjährigen Mitgliedschaft auch als Kuratoriumsvorsitzender in das Forum der Kulturen einbringst. Das Forum wurde 1998 als Dachverband der Migrantenvereine und interkulturellen Einrichtungen Stuttgarts von zwanzig Vereinen gegründet. Heute sind mehr als 110 Vereine aus Stuttgart und Umgebung Mitglied. Für den interkulturellen Dialog, für kulturelle Vielfalt und eine gleichwertige Partizipation von Migrantinnen und Migranten und ihren Nachkommen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, aber vor allem auch für die gesamte Stuttgarter Stadtgesellschaft, ist das Forum der Kulturen für unsere Stadt so unersetzlich wie bereichernd.

Gemeinsam wollen wir uns weiterhin gegen Ausgrenzung, Vorurteile, Rassismen und Diskriminierungen und für die interkulturelle Öffnung von Institutionen, Ämtern und Vereinen, also für ein vielfältiges und friedliches Stuttgart einsetzen. | **AUF EINE GUTE, WEITERE LANGJÄHRIGE ZUSAMMENARBEIT!**

Petra Rühle



Äcker und Wiesen überbauen oder Innenentwicklung vorantreiben?

Uns beschäftigt derzeit vor allem die Frage: Wo kann schnell Wohnraum, und zwar bezahlbarer Wohnraum, geschaffen werden? Der Ruf nach Neubaugebieten auf Freiflächen, also auf Wiesen und Äckern, wird immer lauter. Ökologisch mehr als fragwürdig. Aber auch ökonomisch gesehen ist das nicht der bessere und schon gar nicht der schnellere Weg.

■ Als der Flächennutzungsplan der Stadt Stuttgart 2001 in Kraft trat, wurde erstmals das Leitbild formuliert, auf größere Neubaulflächen zu verzichten. Der Mobilisierung von Bauflächenpotenzialen im Innenbereich wurde Vorrang eingeräumt und ein Instrumentarium geschaffen, um diese Flächen zu entwickeln. Eines der Instrumente ist das nachhaltige Bauflächenmanagement Stuttgart (NBS); es ist auf einen Grünen Antrag aus den 1990er Jahren zurückzuführen.

GRÖSSTES POTENZIAL IM INNENBEREICH! | Das NBS ist eine Informationsplattform, die Potenzialflächen nach städtebaulichen Gesichtspunkten aufzeigt und alle drei bis vier Jahre in Form eines Lageberichts fortgeschrieben wird. Der fünfte, im Januar vorgestellte Lagebericht verzeich-

net mit 565 Hektar an knapp 400 Standorten einen Höchststand an Flächen. Zwar können diese nicht immer sofort bebaut werden; genauso verhält es sich aber auch bei den Freiflächen, die im Flächennutzungsplan nicht als Bauland aufgeführt sind. Das NBS schafft aber die Möglichkeit, Grundstücke im Innenbereich schneller zu bebauen, als die Ausweisung von Neubaulflächen im Außenbereich mit den umfangreichen gesetzlichen Anforderungen erfolgen könnte. Abgesehen von diesem zeitlichen Aspekt gibt es auch noch ökologische und ökonomische Gesichtspunkte.

ZEITSTUFENLISTEN HELFEN BEIM PLANEN. | Das NBS ist die Grundlage für die Zeitstufenlisten Wohnen und Gewerbe. Diese Listen beinhalten vielfältige Informationen. Dort werden die Potenzialflächen aufgeführt und zunächst nach ihrer Verfügbarkeit unterschieden: kurz-, mittel-, langfristig. Sie sind nach Stadtteilen gelistet und enthalten Informationen zum Grundstück, etwa Größe, Eigentum, Planrecht. Letzteres besitzen Flächen mit kurzfristiger Verfügbarkeit; sie sind sofort bzw. innerhalb eines Jahres bebaubar. Laut Lagebericht sind dies (Stand Juni 2015) rund 33,3 Hektar Wohn-

bauflächen und 89,6 Hektar Gewerbebauflächen. Um die Zahl der Wohnungen abschätzen zu können, die darauf gebaut werden könnten, sei hier das Areal am Nordbahnhof genannt: Auf rund 3,5 Hektar entstehen ca. 500 Wohnungen, davon 20 Prozent geförderte Wohnungen. Spatenstich war 2015.

NACH AUSSEN WACHSEN IST NICHT NÖTIG! | Die Anstrengungen müssen auf dieses Innenpotenzial gelenkt werden und nicht auf unsere Wiesen und Felder. Innenentwicklung bietet die Chance der Erneuerung durch Umstrukturierungen und führt zu einer besseren Auslastung vorhandener Infrastruktur – mit ökologischen, ökonomischen und sozialen Vorteilen. Seit 2001 sind 200 Hektar Flächen im Innenbereich fertiggestellt worden und trotzdem sind die Potenzialflächen stabil geblieben, denn sie „wachsen nach“. Stuttgart atmet und ist in Bewegung – der Zugriff auf die Außenbereiche ist weder nötig noch bringt er schnellere Erfolge für den Wohnungs- oder Gewerbebau.

Beate Schiener



■ TRAVERTINPARK: AUSFLUGSZIEL UND BIOTOP

Zwischen 1920 und 1945 war die Hochzeit des industriellen Travertinabbaus in Bad Cannstatt. 2014 wurde im alten Steinbruch der Travertinpark eröffnet. Eine schöne Anlage zum Spazierengehen und ein Biotop für seltene Pflanzenarten und Amphibien, die Wärme lieben.

Foto: Andrea Münch



Urbanisierung der Energiewende

Während in Paris die Weltklimakonferenz stattfand, ist in Stuttgart ein umfassendes Konzept zur Urbanisierung der Energiewende vorgelegt worden. Es fußt auch auf Grünen Vorschlägen.

■ Die Energiewende hat deutschlandweit zwar Tempo aufgenommen, findet aber dennoch vorwiegend im ländlichen Raum statt. Um den Umstieg zu erneuerbaren Energien zu schaffen, müssen gerade die Kommunen vor Ort und insbesondere große Städte wie Stuttgart die Energiewende vorantreiben.

ALLE AKTEURE AM START | Stuttgart will bis zum Jahr 2020 20 Prozent und bis 2050 sogar 65 Prozent des Energiebedarfs im Vergleich zu 1990 einsparen. Bisher ist Stuttgart auf einem guten Weg, denn trotz Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum konnte der Energieverbrauch bis 2013 bereits um 14 Prozent gesenkt werden. Dennoch bedeutet das Ziel für 2050 einen Kraftakt für alle beteiligten Akteure. Umso wichtiger ist es, dass das nun vorliegende Konzept unter Beteiligung von Verbänden, Wirtschaft und BürgerInnen zusammen erarbeitet wurde. Nur mit allen Beteiligten lassen sich die Ziele umsetzen. Die Industrie, als großer CO₂-Emittent der Stadt, ist ein wichtiger Partner bei der Zielerreichung. Hier können durch einzelne Maßnahmen die größten Effekte erzielt werden.

Zentral wird in Zukunft auch das Thema Verkehr sein. Im Gegensatz zu allen anderen Bereichen nahm der CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor in den vergangenen Jahren kontinuierlich zu. Das zeigt, wie wichtig es ist, die nachhaltige Mobilität zu fördern und bereits bei der Planung neuer Gebiete und der Erweiterung von Industriestandorten darauf zu achten, dass möglichst wenig zusätzlicher Verkehr entsteht.

Das Energiekonzept macht nun klar, welche Aufgaben die einzelnen Akteure haben. Die Stadt übernimmt die Konzeptkoordination, die Stadtwerke setzen die Energiewendeziele operativ um. Im Fokus wird künftig der Ausbau der urbanen Energiesysteme stehen, also der Ausbau von Fotovoltaik, Kraft-Wärme-Kopplung und Nahwärmenetzen.

Wir Grünen sind mit dem Konzept sehr zufrieden. Denn darin sind nahezu alle Ideen unseres ganzheitlichen Antrags zur Urbanisierung der Energiewende, der 17 Maßnahmen umfasst hat, zum Tragen gekommen.

ENERGIEWENDE KOSTET. | Damit das Konzept kein zahloser Papiertiger bleibt, müssen die Maßnahmen im Haushalt mit Mitteln hinterlegt werden. Hierzu wird im Doppelhaushalt 2016/2017 ein erster Schritt gemacht. Allein 1,3 Millionen Euro sind für das Energiekonzept beschlossen.

Raus aus den Startlöchern!

Neubauwohnungen fördern – mit nachhaltigem Flächenmanagement und im regionalen Schulterschluss!

■ Da wird von allerlei Verbänden mächtig Druck aufgebaut: Höhere Summen hätten in den Doppelhaushalt für 2016/2017 eingestellt werden müssen, damit es mit dem dringend benötigten Bau von öffentlich gefördertem Wohnraum endlich vorangehe. Das klingt einleuchtend. Mehr hilft mehr, darüber sind sich Mieterverein und Haus und Grund ausnahmsweise einmal einig.

WOLKENKUCKUCKSHEIM? | Wer aber etwas weiter denkt, merkt schnell, dass natürlich nur dort Wohnungsbau entstehen kann, darunter Anteile von 20 bis 50 Prozent an geförderten Wohnungen, wo die entsprechenden Bauflächen auch zur Verfügung stehen.

Mit dem von Grünen 2003 auf den Weg gebrachten Projekt „Nachhaltiges Bauflächenmanagement“ werden regelmäßig die Veränderungen bei den Flächenpotenzialen erfasst; sie gehen mit einem klaren Profil, wie viel Wohnungsbau auf welcher Fläche zu welchem Zeitpunkt realisierbar ist, in die Zeitstufenliste Wohnen ein. Damit ist auch die Grundlage für die Erkenntnis gelegt, in welcher Höhe Wohnungsbau-Fördermittel bereitgestellt werden müssen. Diese Mittel nun mir nichts, dir nichts zu erhöhen, hätte jedoch keinen weiteren

Daneben werden bewährte Maßnahmen wie beispielsweise der Stromsparmcheck fortgeführt. Nun gilt es, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen und das umfassende Konzept sukzessive umzusetzen, um unser ambitioniertes Klimaziel bis 2050 zu erreichen.

Björn Peterhoff



Effekt auf die Bautätigkeit, da die entsprechenden Bauflächen ja gar nicht zur Verfügung stehen.

DIE VORHANDENEN KAPAZITÄTEN NUTZEN! | Bis 2020 können immerhin fast 10.000 Wohneinheiten in 103 Gebieten zur Bebauung kommen. Daran arbeitet die Stadt mit Hochdruck. Aus heutiger Sicht ist das Neubauziel für die nächsten beiden Jahre – 1.800 Wohnungen, davon 600 gefördert – ein realistisches Ziel. An diesem haben wir uns bei der Bereitstellung von Fördermitteln orientiert.

Richtig ist, dass der Bedarf an Wohnraum höher ist und dringend mehr Wohnungen, gerade auch Sozialwohnungen, gebaut werden müssten. Im Regionalplan sind entlang der S-Bahn-Linien („Entwicklungsachsen“) in den umliegenden Gemeinden noch beachtliche Kapazitäten vorhanden – der Chefplaner des Verbands Region Stuttgart VRS spricht von 450 Hektar unbebaute Flächen, von denen 390 Hektar kurzfristig aktiviert werden könnten. Dieses Potenzial für 30.000 Einwohner oder mehr muss gehoben werden. Wir brauchen ein „Bündnis für Wohnen“, an dem sich alle Kommunen der Region beteiligen.

Silvia Fischer



✓ GRÜNER ERFOLG: GEGEN FEINSTAUB & CO.

Foto: Lichtgut/Max Kovalenko,
Stadt Stuttgart

Stuttgarts Luft geht uns alle an!

Die Feinstaub-Messergebnisse in Stuttgart sind nach wie vor besorgniserregend und so in keiner Weise hinnehmbar. Bereits im Dezember 2014 forderte Brüssel die Landeshauptstadt auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen bzw. zu verstärken. Strafen drohen. Damit muss nun auch dem Allerletzten klar sein: Es ist allerhöchste Eisenbahn!

■ So war es nur folgerichtig, auch im städtischen Haushalt für die Jahre 2016 und 2017 Mittel für ein Bündel von Maßnahmen bereitzustellen, welche die Luftqualität in Stuttgart verbessern. Bereits das Jobticket war ein Erfolg, es hat viele Menschen weg vom täglichen Einpendeln mit dem eigenen Auto auf die Schiene bzw. in

die Busse und Bahnen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gebracht. Die Zuwachszahlen der SSB Stuttgarter Straßenbahnen AG sind denn auch im Vergleich zu den Zahlen vergleichbarer Städte überproportional gestiegen.

LUFTQUALITÄT VERBESSERN – OB DIE BESCHLOSSENEN MASSNAHMEN GENÜGEN? | Ebenfalls ins Maßnahmenbündel gehört das Programm für mehr Grün in der Stadt, auch dieses senkt nachweislich die Luftbelastung. Außerdem: der Umstieg auf mehr Elektroautos bei den Dienstfahrzeugen der Stadt und bei den Taxen, Tempo 40 auf weiteren Steigungstrecken, der verstärkte Ausbau des Radwegenetzes und der Fußverbindungen, das Neubürgerticket, das den Menschen,

die neu zu uns ziehen, die Nutzung des ÖPNVs über Vergünstigungen näher bringen soll.

FEINSTAUBALARM VOR FAHRVERBOT! | Der Feinstaubalarm, wie wir ihn im Januar zum ersten Mal erlebt haben, ist vielleicht jener Schritt, der am meisten Öffentlichkeit bringt. Das scheint (Wortschöpfungen wie „schmiedeln“ und bundesweite Schlagzeilen belegen es) gleich zu Beginn gelungen zu sein. Über zahlreiche Informationskanäle wurden die BürgerInnen aufgefordert, das Auto stehen zu lassen und auf andere Verkehrsmittel umzusteigen. Und das zu ihrem eigenen Schutz und dem Schutz der ganzen Stadtbevölkerung. Der Feinstaubalarm ist eine Vorsorgemaßnahme, die dann greift, wenn der Deutsche

18. BIS 22. JANUAR 2016, STUTTGART: DER BUNDESWEIT ERSTE FEINSTAUBALARM. Wer schaltet auf Alarmzustand, wer fällt in



„Leider hat der Kfz-Verkehr in der Woche des Feinstaubalarms kaum abgenommen. Allerdings waren hier im Westen in den Nebenstraßen deutlich weniger Autos unterwegs. Offensichtlich wurde bei Einkäufen im Stadtbezirk, bei Besuchen und Besorgungen in vielen Fällen auf das Auto verzichtet.“
*Reinhard Möhrle,
Bezirksvorsteher Stuttgart-West*



Fotos: Redaktion



Wetterdienst eine Inversionswetterlage vorhersagt; also austauschbare bodennahe Kaltluft. Nachweislich steigen dann die Feinstaubwerte massiv an, und zwar jeden Tag mehr. Es braucht auch einige Tage danach, bis durch Wind und am besten durch starken Regen die Werte wieder auf einen niedrigeren Stand zurückgehen. Das ist gut nachvollziehbar und wird jetzt durch die tägliche Veröffentlichung der Werte unter www.stuttgart.de/feinstaubalarm den BürgerInnen anschaulich gemacht. Welche Auswirkungen der Feinstaubalarm und der Appell haben, lässt sich derzeit noch nicht seriös abschätzen. Uns erreichen allerdings auch Berichte, dass sich der inner-

städtische Verkehr merklich verringert habe. Trotzdem, dieses neue Instrument muss seine Wirkung erst einmal entfalten dürfen. Und sicher sind weitere Begleitmaßnahmen wichtig, die das Umsteigen und ein anderes Mobilitätsverhalten erleichtern.

ALARM SCHAFFT ÖFFENTLICHKEIT. | Aber schon jetzt ist klar: Wer Stimmung macht gegen den Feinstaubalarm, zielt entweder darauf ab, gar nichts dagegen zu machen, das Problem auszublenden und damit die Gesundheitsgefährdung bewusst hinzunehmen, oder aber er ruft geradezu nach der „starken Hand“, die das Problem mit Ordnungsmaßnahmen bzw. Fahrverboten lösen soll.

Wir setzen noch auf die Mündigkeit und Einsicht der VerkehrsteilnehmerInnen, die es in der Hand haben, Ordnungsmaßnahmen wie Fahrverbote überflüssig werden zu lassen. Deswegen ist positiv zu werten, dass durch den Alarm das Thema Feinstaub greifbarer wird, eine ganz andere Öffentlichkeit bekommt und dass vielerorts Diskussionen geführt werden. Bürgerinnen und Bürger werden in einem weit stärkeren Maße für die Qualität der Luft und die Gesundheit der Städter sensibilisiert und auf ihre Verantwortung hingewiesen, die sie als Verkehrsteilnehmer haben.

Andreas G. Winter

den Ruhemodus? Eine Grüne kommt aus dem Takt, einer macht weiter wie gewohnt und einer analysiert, was vor Ort geschah.

„Für mich bedeutet Feinstaubalarm keine Umstellung, da ich ohnehin kein Auto habe und in der Regel die U-Bahn oder das Fahrrad benutze, um mich in der Stadt zu bewegen. Per Rad oder Bahn – genau so war ich auch an den Tagen des Alarms unterwegs.“ *Björn Peterhoff*

„Eine große Herausforderung war für mich der Donnerstag: Um 6.45 Uhr mit Schultasche, Rathausakten, Laptop und Sporttasche (falls nach dem Gemeinderat noch ein Stündchen im Sportstudio herauspringt) aus dem Haus. Und mit Sack und Pack erst in die Region auspendeln und mittags dann retour? Das alles zusammen war nicht zu schaffen! Mit einem Schließfach zur Gepäckaufbewahrung am Feuerbacher Bahnhof wäre bestimmt nicht nur mir viel geholfen. Dafür werde ich mich einsetzen.“ *Silvia Fischer*



Integrieren statt jammern!

Interimsflüchtlingsheim in der Stadtmitte: Anwohner sagen, es ist eine Bereicherung. Viele Ehrenamtliche kümmern sich.

■ Die Stuttgarter Stiftung Geißstraße Sieben stellt ihre Aktivitäten aus gegebenem Anlass derzeit unter das Motto: „Integrieren statt jammern!“ Denn es führt ja absolut nicht weiter, noch länger darüber zu spekulieren, ob die Stimmung nun kippt, ob wir es schaffen oder nicht und wo die Obergrenze für die Aufnahme von Asylsuchenden liegen muss. Die Menschen sind bei uns und müssen integriert werden. Und Integration ist nicht nur Pflicht der Flüchtlinge, sondern auch die unsere. Also fangen wir doch an mit der Integration!

So hat sich im Januar ein Freundeskreis für das Haus Martinus gegründet – mit 99 Helferinnen und Helfern! Das Haus liegt auf der Grenze zwischen Stuttgart-Süd und -Mitte. Es ist eigentlich ein Altenpflegeheim, auf städtischem Grund und in Erbpacht vergeben. Die Caritas will es bald abreißen und neu bauen. Altenhilfe, Wohnen und Wohnen für besondere Bedarfsgruppen sind vorgesehen. Da die erste Planung zu voluminös ausfiel, ging es mit der Baugenehmigung nicht voran. Dass das Haus im September 2015 aber schon leer stand, war ein Glücksfall! So brachte erst das Land und seit Mitte Oktober die Stadt über 300 Flüchtlinge dort unter.

Vom ersten Tag an gab es freundliche Kontakte mit Nachbarn und spontane Hilfen von Engagierten. Das Kinder- und Jugendtheater JES z. B. lud die Martinus-Kinder zu einer Theaterwoche ein. Deutschunterricht und der Besuch der Stadtbibliothek wurden angeboten. Weitere Kulturangebote starteten. Eine internationale Jogginggruppe trifft sich regelmäßig und bereitet sich auf den Stuttgartlauf vor. Man spielt gemeinsam Fußball oder geht ins Heslacher Bad. Die Flüchtlingsfamilien laden uns Stuttgarter dafür zum Tee ein oder kochen gemeinsam mit uns im Haus Martinus. Dort erzählen sie, zum Teil in gutem Englisch und bereits in holprigem Deutsch, ihre Fluchtgeschichten. Das sind fürchterliche Geschichten von Fassbomben auf Schulen, von Tod und Verletzungen, von zerrissenen Familien und gescheiterten Lebensplanungen.

So sind wie nebenbei schon jetzt beste nachbarschaftliche Kontakte entstanden. Man kennt sich und man grüßt sich. Die neuen Nachbarn sind keine Belästigung, sondern eine Bereicherung. Endlich hört man wieder Kinder auf der Straße spielen.

Doch es gilt jetzt, ihre Integration systematischer zu unterstützen. Das Betreuungsteam der Caritas konnte das große Angebot der HelferInnen gar nicht mehr bewältigen. Das macht jetzt die Helfergruppe, die Wolfgang Kämmer und Claudia Barth koordinieren (Kontakt: kaemmer32@aol.com). Bezirksvorsteher Reiko Grieb von Stuttgart-Süd und ich, wir kümmern uns gemeinsam und mit tatkräftiger Unterstützung beider Bezirksbeiräte um die Zuzügler, von denen viele gerne MitbürgerInnen werden wollen.

DIE FLÜCHTLINGE SOLLEN IM MARTINUS BLEIBEN DÜRFEN! | Wir hoffen, dass das Haus nicht schon im Sommer wegen der geplanten Bauarbeiten wieder geräumt werden muss. Wir appellieren an die Caritas und die Stadtverwaltung, alles zu tun, damit die Flüchtlinge dort noch länger bleiben können. Vor allem die Familien mit ihren gerade erst eingeschulerten Kindern brauchen noch Zeit, um wieder erste Wurzeln schlagen zu können. Zudem macht es einfach keinen Sinn, eine gut integrierte Unterkunft zu schließen, wenn an anderer Stelle Flüchtlinge in Notunterkünften in Hallen untergebracht werden müssen.

Wir brauchen das Haus Martinus noch eine Weile. Das wäre auch ganz im Sinne des Heiligen St. Martin, dessen Standbild vor dem Haus gut zeigt, wie er seinen wärmenden Mantel teilt. Und auch im Sinne der Stadt Stuttgart, der das Grundstück, auf dem das Haus steht, ja gehört. Schließlich hat sie das größte Interesse an einer gut funktionierenden Flüchtlingsunterkunft, die von Flüchtlingen wie Nachbarn rundum akzeptiert wird und die das Sprungbrett für eine gelingende Integration ist.

Veronika Kienzle,
Bezirksvorsteherin
Stuttgart-Mitte



Im Herzen von Stuttgart setzt sich die Nachbarschaft für das Haus Martinus ein. Am Eingang des Gebäudes, das im Herbst zur Flüchtlingsunterkunft umfunktioniert worden ist, empfängt die Neuankömmlinge der Namenspatron des Hauses: der hilfsbereite St. Martin.
Foto: Nathalie Wingartz, Praktikantin

Wertevermittlung in der Schule der Vielfalt

Integration durch Bildung

■ Die Themen Inklusion, Umgang mit Vielfalt und Heterogenität sowie die Integration der geflüchteten Menschen sind einerseits gesamtgesellschaftliche Aufgaben, andererseits stellen sie auch die aktuellen – und wohl auch künftigen – bildungspolitischen Kernthemen dar. Sie sind als Aufgaben aller Schularten und auch der Schulverwaltung zu verstehen. Als Schulpädagoge möchte ich deshalb einen Blick auf die Themen hinter den bildungspolitischen Themen werfen. Dabei geht es um nicht weniger als um Veränderungen und Annäherungen von Haltungen und Sichtweisen. Es geht um den Umgang mit verschiedenen kulturellen Hintergründen, vielfältigen Lebensweisen und Lebensformen.

ES GEHT DABEI AUCH UM EINE DISKUSSION ÜBER WERTE. | Diese Diskussion muss auch und gerade in der Schule geführt werden. Denn wie heißt es in unserer Landesverfassung, Artikel 17, Absatz 1 aus den 1950er Jahren: „In allen Schulen waltet der Geist der Duldsamkeit und der sozialen Ethik.“

Jetzt könnte man sich über die damalige Ausdrucksweise streiten; die Gültigkeit der Inhalte bleibt davon aber unberührt. Die soziale Ethik beschäftigt sich vor allem mit den gesellschaftlichen Bedingungen eines guten Lebens, während der Begriff der Duld-

samkeit bildungssprachlich mit Toleranz gleichzusetzen ist. Letztendlich stehen auch hinter allen pädagogischen Konzeptionen jene Werte, die in unserer Landesverfassung transportiert werden: Demokratie, Solidarität, Pluralismus, Toleranz und Akzeptanz von Vielfaltigkeit.

Insofern ist es nur konsequent und sollte selbstverständlich sein, Schule als einen integrativ und interkulturell arbeitenden Sozialraum zu verstehen – nicht nur, aber auch angesichts der Flüchtlingsthematik.

SICH FÜREINANDER ÖFFNEN, OHNE DAS EIGENE ZU VERLIEREN. | Inklusion und Integration als Handlungsfelder erfordern, dass der Umgang mit Heterogenität in der Schule als bestimmendes Zukunftsthema erhalten bleibt. Im gesellschaftlichen Kontext kann das bedeuten, sich als eine „discordia concors (Honnfelder), als eine „einige Uneinigkeit“ zu verstehen und darin seine jeweils eigene Identität zu finden. Sich füreinander zu öffnen, ohne das Eigene zu verlieren, wäre demnach die kulturelle Identität, die uns alle in Zukunft sowohl gesellschaftlich als auch in den Schulen verbinden sollte.

KULTURPLURALISMUS MIT WERTEKONSENS | Der Schriftsteller und Politologe Bassam Tibi beschreibt diesen Entwicklungsprozess als einen, in dem sich statt beliebigem Multikulturalismus und Parallelgesellschaften am Ende ein Kulturpluralismus mit

■ **Rund 30.000 geflüchtete Kinder und Jugendliche werden derzeit in Baden-Württemberg in über 2.000 Vorbereitungsklassen unterrichtet. Damit leisten wir an unseren Schulen einen wichtigen Beitrag zur Integration dieser Menschen.**

Wertekonsens etabliert. Das meint, es gelten für alle in einer Gesellschaft lebenden Menschen die gleichen verbindenden Werte – wie sie in der Landesverfassung benannt sind: Demokratie, Solidarität, Pluralismus, Toleranz und Akzeptanz von Vielfaltigkeit. In der Vielfalt Reichtum zu sehen und darin sich selbst zu erkennen, ist nicht zuletzt die Gestalt unserer christlich verstandenen Humanität. Sich in diesem Sinne auf den Weg zu machen, ist für die Schulen die soziale, verfassungsgemäße Ethik.

Wahrscheinlich wird man beim Beschreiten und Gestalten des Weges Fehler machen – das ist menschlich. Manchmal werden Lehrerinnen und Lehrer auch an die Grenzen der Belastbarkeit stoßen. Der größte Fehler aber wäre, wenn wir uns diesen Herausforderungen nicht stellten und so täten, als gäbe es sie nicht. Das Rad der Zeit zurückdrehen zu wollen, halte ich weder für realisierbar noch für klug. Die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“, wie im Bildungsplan beschrieben, ist die Antwort des Schulsystems auf die zunehmende Komplexität unserer Gesellschaft. Das muss nicht jedem gefallen – und doch ist es so!

REICHTUM VIELFALT | Laut Artikel 11, Absatz 1 der Landesverfassung hat jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung. Unabhängig davon, ob er von Geburt an hier lebt, zugezogen ist oder auf der Flucht mit Familie oder unbegleitet zu uns gekommen ist. Diese Tatsache ist nicht nur Verpflichtung, sondern auch Chance!

Vittorio Lazaridis



Foto: Joachim E. Röttgers



Bilanzieren auf der Basis „Was bewirke ich in dies

Die GWÖ-Bilanz: Premium-Instrument für Unternehmen für eine ganzheitliche und systematische Selbstreflexion.

■ Die Welt entwickelt sich tagtäglich aus den Handlungen jedes Einzelnen von uns. Das ist zwar eine Binsenweisheit, sie hätte jedoch enormes Entfaltungspotenzial, wenn sie nur einmal zum Innehalten führen würde. Angesichts der schier unglaublichen globalen Verflechtungen (ohne Unterlass umkreisen enorme Mengen an Produkten, Ideen, Prozessen, Rohstoffen, Immissionen, Geld, Energie und Ressourcen unseren Globus) wird es immer schwieriger zu verstehen und zu analysieren, was unser Tun tatsächlich an ökologischen und sozialen Konsequenzen weltweit nach sich zieht. Auch handelnde Akteure aus der Wirtschaft können bei Einzelentscheidungen heute nicht einfach auf ihren gesellschaftlichen Impact Rückschlüsse ziehen.

GWÖ: METHODISCHER ANSATZ UND GESELLSCHAFTLICHE BEWEGUNG ZUGLEICH | Dennoch ist die Frage „Was bewirke ich in dieser Welt?“ eine der menschlichsten überhaupt! Sie treibt uns an, sie lässt uns kreativ werden, und die Suche nach Antworten füllt das Leben meist mit Sinn. Die Gemeinwohlökonomie (GWÖ) zeigt ein vielversprechendes Modell auf, um genau dieser Frage nachzugehen.

Die GWÖ hat nämlich nichts weniger im Sinn, als unsere wirtschaftlichen Prozesse auf unsere humanistischen Werte hin zu überprüfen. Es werden beziehungsstiftende Grundwerte wie Vertrauensbildung, Wertschätzung, Kooperation und die Fähigkeit zu teilen in den Vordergrund des Wirtschaftens gestellt. Nach heutigen neurophysiologischen Erkenntnissen sind es nämlich gelingende Beziehungen, die bei uns Menschen an erster Stelle Glück, Motivation und Kreativität hervorrufen. In unserer von Konkurrenz geprägten Wirtschaftswelt scheint dieses Streben nichts anderes als Träumerei zu sein. Jedoch ist das Streben nach Rahmenbedingungen, die wirtschaftliche Akteure dazu bringen, das Gemeinwohl zu fördern, so alt wie die Marktwirtschaft selbst.

In allen modernen Verfassungen steht, dass das Ziel des Wirtschaftens stets das Wohl aller sei. Geld oder Finanzkraft sollten stets Mittel des wirtschaftlichen Tuns sein; ihre Vermehrung sollte dem Zweck, das Gemeinwohl zu mehren, untergeordnet sein. Herzstück der GWÖ ist die Gemeinwohlbilanz. Diese ist das Ergebnis eines tiefgehenden Prozesses, in dem alle relevanten Handlungsfelder eines Unternehmens oder einer Organisation (die Grünen in Österreich haben sich zum Beispiel auch bilanzieren lassen) mit Hilfe eines Bewertungsrahmens, der GWÖ-Matrix, begutachtet werden.

UMFASSENDE BEWERTUNGSMATRIX | Die Werte ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, innerbetriebliche Mitbestimmung und Transparenz sowie Solidarität und Menschenwürde werden geprüft und bewertet; sowohl in Bezug auf das Produkt, die Dienstleistung, den Output, als auch auf die eigenen MitarbeiterInnen und in Beziehung zu Lieferanten, Kunden, InvestorInnen, Gesellschaft und Umwelt. Die Bewertungsmatrix ist ein lernendes, demokratisch basiertes System (heute Version 4.1), die anhand von 33 Kriterien und einer Vielzahl von Fragen die betrachtete Organisation in ihre gesellschaftlichen Verflechtungen einbettet.

Wie stark können MitarbeiterInnen an der Organisation und ihren Entscheidungen teilhaben? Werden Arbeit und Einkommen fair verteilt? Nach welchen ethischen Grundsätzen werden Leistungen und Waren eingekauft? Dies sind nur Beispiele, um die Diversität und die Tiefe des Prozesses aufzuzeigen.

„PREMIUM“... | Nicht umsonst hat der Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU im Herbst 2015 die GWÖ-Bilanz als *das* Premium-Instrument unter den Möglichkeiten eines „non-profit reporting-tools“ bewertet. Ab 2017 müssen ohnehin alle Unternehmen der EU mit mehr als 500 MitarbeiterInnen in diese Richtung aktiv werden und ihre „non-profit“-Bemühungen dokumentieren. Anders als viele anerkannte Corporate Social Responsibility (CSR)-Instrumente geht die GWÖ-Bilanzierung ganzheitlich und systemisch vor und erfordert eine Mitarbeit und eine Selbstreflexion aller Hierarchieebenen eines Unternehmens. Premium eben.

... AUCH HIER! | Als innovative, wirtschaftlich starke grüne Stadt Stuttgart stünde es uns gut an, neben den acht Kleinbetrieben, die sich bereits in Stuttgart bilanzieren ließen, weitere ethisch interessierte Unternehmen und Organisationen zu begeistern. Auch werden wir als Kommune bei uns selbst anfangen und einige Eigenbetriebe



ser Welt?“

hoffentlich dafür gewinnen, sich diesem spannenden GWÖ-Prozess zu stellen. Viele GWÖ-bilanzierte Unternehmen aus Österreich und auch z. B. Vaude oder die Sparda-Bank München berichten von einem großen Gewinn, was die interne Motivation und Innovationsbereitschaft der MitarbeiterInnen betrifft, als auch die Benefits durch die erhöhte Transparenz für Kunden. Das Gefühl, Teil eines (notwendigen) Kulturwandels zu sein, beflügelt viele der sich bekennenden Akteure der GWÖ.

NEUE VERANSTALTUNGSREIHE |

Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung und der Stuttgarter GWÖ-Initiative werden wir im Laufe des Jahres eine Konferenzreihe zur Gemeinwohlökonomie und Nachhaltigkeit auf die Beine stellen, um die Vorteile einer GWÖ-Bilanzierung aus unternehmerischer wie aus gesellschaftlicher Sicht nach vorne rücken und den Bürgerbeteiligungsaspekt des Konzepts bekannter zu machen. Hierfür haben wir im Haushalt 2016/2017 Mittel beantragt und beschlossen. Wir freuen uns auf breites Interesse – gerne weitererzählen!

Anna Deparnay-Grünenberg



■ SALZ & SUPPE, WÜRZE FÜR NEUE WEGE

Ein neues Projekt der Stadt bringt BürgerInnen aller Couleur an einen Tisch. „Salz & Suppe“ will Gespräche über gesellschaftliche und räumliche Grenzen hinweg initiieren, einen Weg weisen, wie sich Stuttgart gemeinsam neu entdecken und gestalten lässt. Immer sechs Bürgerinnen und Bürger sollen sich dazu am (Ess-)Tisch oder zum Stadtpaziergang zusammenfinden. Alle Infos unter www.salz-suppe.de. Jetzt anmelden!

Illustration: Carlos Garcia-Sancho/
Felicitas Grupp, Stadt Stuttgart



Foto: Björn Peterhoff

✓ GRÜNER ERFOLG: STADTENTWICKLUNG

Mehr Neckar erleben! Ein Masterplan macht's nun möglich

Die „Stadt am Fluss“ bekommt Kontur: Sie wird zu einem zentralen Stadtentwicklungsprojekt und damit endlich konkret!

■ Stuttgart liegt am Neckar, kein Zweifel! Leider wurde im Neckar in der Vergangenheit vor allem die Bundeswasserstraße oder eine Hochwassergefahr gesehen – der mögliche Freizeitwert wurde nicht erkannt. Das war uns Grünen schon immer viel zu wenig. Deshalb haben die Stuttgarter Grünen 2013 diesem Thema eine Mitgliederversammlung gewidmet und überlegt, wie die „Stadt am Fluss“ Stück für Stück umgesetzt werden kann. Jeder Ortsverband aus den an den Neckar grenzenden Stadtbezirken brachte Ideen ein, und am Ende stand die Forderung an die Stuttgarter Kommunalpolitik, einen Masterplan mit einer konkreten Planung zur schrittweisen Umsetzung vorzulegen. Mit Beschluss des Doppelhaushalts ist diese Forderung jetzt Realität geworden.

Als eines der zentralen Stadtentwicklungsprojekte wird die „Stadt am Fluss“ sukzessive umgesetzt. In zwei Stufen werden von diesem Jahr an mehrere Projekte am Neckar begonnen, die Mittel für deren Planung und Umsetzung liegen vor: Für die erste Umsetzungsstufe 2016 bis 2021 wurden 16 Millionen Euro in die Finanzplanung

eingestellt. Dafür wird unter anderem das Rilling-Ufer verschönert, das Lindenschulviertel an den Neckar gebracht, der Sicherheitshafen in Bad Cannstatt umgestaltet, eine Grünbrücke über den Wasen gebaut sowie eine begrünte Promenade am Wasenufer angelegt. Daneben wird es eine Bürgerbeteiligung zur Umgestaltung des Seilerwasens am Cannstatter Neckarknie geben. Hierzu haben wir noch zahlreiche Grüne Ideen, die wir in die weitere Diskussion einbringen werden.

EIN PARK ÜBER DEM FLUSS | Aus unserer Sicht ist ein zentraler Punkt der Umgestaltung die Nachnutzung der heutigen Eisenbahnbrücke. Diese könnte als grüner Park vom Cannstatter Bahnhof bis in den Rosensteinpark erhalten und umgenutzt werden (die Idee hat Bezirksbeirat Peter Mielert im STADTBLATT 03/2015 ausführlich vorgestellt).

Wir kommen also voran mit der Stadt am Fluss, die Neckar-Phantasien werden nun nach und nach Realität. Bleibt nur noch zu hoffen, dass der eingeschlagene Weg auch in den zukünftigen Haushaltsberatungen weitergegangen wird. Wir Grünen werden uns in jedem Fall dafür einsetzen!

Björn Peterhoff

Filderauffahrt, Nord-Ost-Ring? Zwei Untote im Wahlkampfstress!

Das Gute daran: Mit den beiden Großprojekten kommen auch grundsätzliche Fragen der Verkehrspolitik aufs Tapet.

■ Pünktlich vor jeder Landtagswahl kommt die CDU mit dem Nord-Ost-Ring und der Filderauffahrt daher. Nach jeder Landtagswahl, egal ob gewonnen oder verloren, verschwinden beide Projekte wieder in der Schublade. Zurecht, denn auch die Verkehrspolitiker bei der CDU wissen, dass beide Projekte keine brauchbaren Lösungsvorschläge für die Verkehrsprobleme in Stuttgart darstellen. Lediglich die Freien Wähler, denen selbst die gescheiterte Krailenschaldentrasse noch Phantomschmerzen bereitet, erinnern dann ihre schwarzen Freunde ab und an noch an die vermeintlich geteilte Liebe zu den beiden Dinosauriern der hiesigen Verkehrspolitik. Aber hoppla, mit dem Herannahen der nächsten Wahl besinnt man sich auch bei der CDU prompt wieder auf die alten Rezepte und die Hoffnung auf ihre Wirkung als Wahlkampfschlager.

Auch jetzt passen sie wieder ins Wahlkampfkonzept, soll doch die alte Spatenstichpolitik der leeren Versprechen im Straßenbau wiederbelebt werden (Wahlkampf-motto: „Tempo machen beim Straßenbau“). Wenig verwunderlich begann das Bundesverkehrsministerium 2015 wieder mit einer Prüfung des Nord-Ost-Rings, obwohl dieser im derzeit gültigen Bundesverkehrswegeplan keine Rolle spielt und die Landesregierung ihn auch für die derzeit in Arbeit befindliche Neuauflage nicht angemeldet hat. Die Filderauffahrt wenigstens wird nicht untersucht; hier bleibt es bei der Einstufung als allenfalls regional bedeutsam. Deshalb ruhen die Hoffnungen der Befürworter hier nun beim Land – das bereits unter Schwarz-Gelb abgewunken hatte – und vor allem bei der Stadt Stuttgart (bei derzeit geschätzten Kosten von mindestens 250 Millionen Euro).

Dabei hat sich unter dem Grünen Verkehrsminister Winfried Hermann in Baden-Württemberg mit großem Erfolg und vielfacher Anerkennung das Prinzip „Erhalt vor Aus- und Neubau“ durchgesetzt. Der Mittel-

einsatz für den Erhalt der Straßeninfrastruktur wurde gegenüber der Vorgängerregierung fast verdreifacht.

Gleichzeitig wurde erstmals eine Priorisierung aller Straßenbauvorhaben auf Ebene der Bundes- und Landesstraßen nach rationalen, nachvollziehbaren Kriterien vorgenommen. Keine leichte Übung, bedenkt man, dass der Koalitionspartner nur allzu gerne Benzin im Blut hätte. So viel Transparenz im Straßenbau ist bundesweit einmalig und vorbildlich.

BEIDE VORHABEN HAT STUTTGART LÄNGST MIT BREITER MEHRHEIT BEGRABEN. | Auch der Stuttgarter Gemeinderat ist verkehrspolitisch längst weiter, als die Wiederbelebungsversuche für die Filderauffahrt und den Nord-Ost-Ring glauben machen. Mit breiter Mehrheit wurde 2014 das Verkehrsentwicklungskonzept 2030 beschlossen. Darin heißt es unmissverständlich: Filderauffahrt und Nord-Ost-Ring werden „im Zeitrahmen dieses Konzeptes wegen starker ökologischer Nachteile und zu hoher Investitionskosten nicht vorgeschlagen“.

Natürlich brächten beide Projekte – wenn auch frühestens in geschätzt 15 Jahren – zumindest für einige Zeit lokal Entlastung vom Verkehr, beispielsweise in Hedelfingen und Stuttgart-Ost. Verständlich, dass die Rufe nach diesen Großprojekten deshalb dort am lautesten sind. Allerdings wiegen die schon seit Jahrzehnten auf dem Tisch liegenden Nachteile schwer: massive ökologische Eingriffe in wertvolle Landschaftsschutzgebiete, gewaltiger Landverbrauch. Vehemente Ablehnung bei den negativ betroffenen Kommunen. Und wieder einmal: Kostenschätzungen, über deren Haltbarkeit man spätestens seit den Erfahrungen mit dem Rosensteintunnel nur müde lächeln kann.

Das Kosten-Nutzen-Verhältnis dürfte bei ehrlicher Durchkalkulation jedenfalls desaströs ausfallen; schließlich ist Stuttgart kein Dorf mit einer lästigen Durchfahrtsstraße, in dem es nach dem Bau einer Umgehungsstraße ruhig und besinnlich wird. Der allergrößte Anteil des motorisierten Indi-

vidualverkehrs in Stuttgart ist der Quell- und Zielverkehr sowie der Binnenverkehr innerhalb der Gemarkungsgrenzen.

WAS IST AUF LANGE SICHT SINNVOLL? | Uns Grünen geht es aber auch um grundsätzliche Fragen der Verkehrspolitik. Es ist verkehrswissenschaftlich einigermaßen gut belegt und auch die Alltagserfahrung zeigt es, dass neue Straßen – auch Umgehungsstraßen, die für Entlastung sorgen sollen – nur lokal und punktuell und meist auch nur temporär Entlastung bringen. Meist erzeugen sie insgesamt mehr Verkehr, der dann irgendwann die Kapazität der neu gebauten Straße auslastet und sich dann wieder zusätzlich durch die alten, eigentlich entlasteten Gebiete wälzt. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist der Kappelberg-tunnel bei Fellbach. Dieser wurde unter anderem gebaut, um die Anwohner entlang der Nürnberger- und Waiblingerstraße durch Bad Cannstatt zu entlasten. Heute wälzt sich der Verkehr durch den Kappelberg-tunnel und durch Bad Cannstatt – selbstverständlich auf Nürnberger- und Waiblingerstraße.

Wer Stuttgart deutlich vom Verkehr entlasten will, der muss alle Kräfte, – und das heißt vor allem alle finanziellen Handlungsspielräume – für eine Verlagerung des Verkehrs vom Auto auf den Umweltverbund (ÖPNV, Fahrrad, Fußwege) konzentrieren. Große Straßenbauprojekte sind da keine nachhaltige Lösung. Sie erhöhen den Individualverkehr insgesamt, wenn auch mit temporär örtlich entlastender Wirkung, und verstärken mit Blick auf Feinstaub und andere Luftschadstoffe die Hintergrundbelastung. Zudem verbrauchen sie Mittel, die wir an anderer Stelle dringend benötigen.

Jochen Stopper





■ DANK GROSSEM ENGAGEMENT: HOTEL SILBER AUF SICHEM FUNDAMENT

Selten, dass eine Vertragsunterzeichnung auf so großes Interesse stößt. Ein mehrjähriger und intensiver Dialogprozess zwischen Land, Landeshauptstadt Stuttgart, der Initiative Hotel Silber und dem Haus der Geschichte wird damit abgeschlossen und gleichzeitig die Struktur für die Arbeit im Hotel Silber auf ein sicheres Fundament gestellt. Unser Dank gilt besonders der Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e. V., die das Projekt ins Leben rief und sich mit großem Engagement in die Gestaltung eingebracht hat und weiter einbringen wird.

Foto: Lichtgut/Leif Piechowski, Stadt Stuttgart

✓ GRÜNER ERFOLG: MOBILFUNK

Strahlungsarme Techniken – unsere jahrelange Hartnäckigkeit hat sich gelohnt!

In zwei Stuttgarter Stadtteilen wird ein Kleinzellennetz zur Minimierung der Mobilfunkstrahlung nach dem Vorbild von St. Gallen erprobt und in einer Schule als Alternative zu WLAN eine neue, strahlungsarme Technik eingeführt. Das hat der Gemeinderat zum Haushalt 2016/2017 auf unsere Initiative hin beschlossen.

■ INNOVATIVER MOBILFUNK KÜNFTIG AUCH IN STUTT GART!

Die Datenmengen, die wir täglich auf unsere Smartphones, Tablets und Rechner laden, verdoppeln sich innerhalb weniger Monate. Die Übertragungsnetze kommen deshalb immer schneller an ihre Grenzen. Mit zusätzlichen Sendemasten und weiteren WLAN-Angeboten (z. B. WLAN To Go) rüsten die Mobilfunkbetreiber nach, unkoordiniert und jeder für sich. Dies führt zu einer immer höheren Strahlenbelastung für uns Städter. Mehr Daten – weniger Strahlung? Das wäre durch eine abgestimmte Planung möglich. So könnten unnötige Mehrfach-Strahlenbelastungen verhindert und Übertragungsraten verbessert werden. Genau das soll mit dem Kleinzellennetz realisiert werden. Eine Mobilfunkantenne kann durch ca. 20 Kleinstzellen ersetzt werden, die an Häuserecken und Laternen angebracht werden. Dadurch wird die Funkstrecke stark

verkürzt, die Funkzellen können mit niedriger Leistung und höheren Übertragungsraten senden und empfangen. Die Strahlenbelastung bleibt auch im näheren Umfeld der Sendeanlagen gering. Wohnungen werden nicht zwangsweise von außen durchstrahlt und bleiben funkarm. Eine gewünschte Indoorversorgung (Wohnung, Arbeitsstelle) kann durch den schnellen Breitbandanschluss, durch Femtozellen oder über Router verbessert werden. Smartphones und Tablets können dadurch mit weniger Leistung senden und empfangen, weil in der Regel keine dämpfenden Baumassen, Wände und Decken mehr überwunden werden müssen. Für dieses Pilotprojekt werden in den kommenden zwei Jahren 300.000 Euro zur Verfügung gestellt.

AUCH AN SCHULEN! Auch bei der IT-Ausstattung an Schulen wollen wir neue Wege gehen – mit Visible Light Communication (VLC). Bereits 2007 warnte die Europäische Umweltagentur EEA und 2011 der Europarat vor den möglichen Gefahren für Kinder durch hochfrequente WLAN- oder Mobilfunk-Strahlung. Mittlerweile steht mit VLC eine technische Alternative zur Verfügung, die diese Bedenken ausräumen könnte. Denn die Daten werden gesundheitlich unbedenklich auf optischer Basis übertragen.

Die Technik ist faszinierend: Handelsübliche LED-basierte Lampen mit einem zusätzlichen Chip werden gleichzeitig als Datensender genutzt. Die Technologie wird vom Fraunhofer Heinrich-Hertz-Institut HHI in Berlin entwickelt. Derzeit läuft auf der Insel Mainau ein Modellprojekt, das vom Umweltministerium des Landes Baden-Württemberg unterstützt wird. Ein weiterer Vorteil dieser neuen Technik liegt in der weit höheren Leistungsfähigkeit. VLC ermöglicht sehr hohe Datenraten (mehr als ein Gigabit pro Sekunde). Schulklassen könnten Unterrichtsfilme künftig ohne Probleme streamen – WLAN-Accesspoints wären damit hoffnungslos überfordert. Zudem, und das ist auch für Schulen nicht unwichtig: VLC ist unter Datenschutzaspekten eine sehr sichere Technik. In den nächsten zwei Jahren wird an einer Stuttgarter Schule in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer Heinrich-Hertz-Institut und dem Stadtmedienzentrum die VLC-Technik erprobt und weiterentwickelt. Dafür stehen 120.000 Euro zur Verfügung. Stuttgart leistet so einen Beitrag zum technischen Fortschritt und zum Gesundheitsschutz.

Clarissa Seitz



Steine *und* Beine! Da bewegt sich was!

Ein Spagat zwischen „Investitionen in Steine“ und „Investitionen in Beine“: Zullererst soll die Kommune für den Bau und Unterhalt von Sportstätten sorgen. Unser Grüner Anspruch ist aber, auch inhaltliche Akzente zu setzen. Beides haben wir für 2016/2017 geschafft.

■ Haushaltsberatungen sind der Zeitpunkt, an dem man versucht, seine Ideen mit Geld zu hinterlegen und so zum Leben zu erwecken. Dieses Mal haben wir viel für den Sport erreicht.

Im Bereich „Investitionen in Steine“ haben wir es nach jahrelangem Kampf endlich geschafft, die Sanierung der Kunstrasenplätze von Einzelförderungen auf eine Pauschalförderung umzustellen. Bislang musste einzeln entschieden werden, welche Plätze saniert werden. Dies fand jedoch nicht immer anhand von fachlichen Kriterien statt, sondern es wurde auch gerne mal von der einen oder anderen Fraktion ein spezieller Stadtbezirk eher bedacht und bedient als ein anderer. Mit der jetzigen Bereitstellung eines Pauschalbetrags für das Abarbeiten einer Dringlichkeitsliste der Plätze haben wir sichergestellt, dass in Zukunft – ähnlich wie im Schulbereich – nach Dringlichkeit und Notwendigkeit entschieden wird. Damit besteht auch für die Vereine eine höhere Verlässlichkeit und Planungssicherheit.

Daneben konnten wir die neuen Ballsporthallen in Uhlbach und auf der Waldau auf den Weg bringen. Gerade die Halle auf der Waldau ist ein zentraler Baustein für die Neuordnung des Gebiets. Deshalb ist es für uns ein kleiner Wermutstropfen, dass im Moment noch keine Mittel für die Gestaltung des ursprünglichen Action-Platzes um die Halle herum zur Verfügung stehen. Das wird nun sicher eines der Grünen Schwerpunktthemen im kommenden Haushalt sein.

Ein ganz neues Projekt ist unsere Idee der „bewegten Plätze“. Dabei sollen zunächst zwei Innenstadtplätze mit niederschweligen Angeboten versehen werden, die Alt und Jung dazu einladen, sich zu bewegen. Andere Städte machen es vor: kleine Trampoline, einfache Geräte, etwas zum Balancieren, aber auch schlicht die Optimierung von Fußgängerachsen, damit auch und gerade das tägliche Zu-Fuß-Gehen wieder attraktiver wird.

VON „BEWEGTEN PLÄTZEN“ ÜBER KITAFIT BIS FANPROJEKT | Aber auch in die Beine haben wir Grünen investiert: 2016/2017 können wir inhaltliche Projekte im Sportbereich fördern und ins Leben rufen und dadurch starke Akzente setzen. KitaFit, Sport im Park, Fit ab 50 und viele erfolgreiche Programme mehr wurden durch unsere Anträge in den Haushalt aufgenommen und zum Teil erheblich ausgebaut.

Zuguterletzt haben wir es geschafft, nach vielen Jahren zählen Ringens endlich das Fanprojekt für den VfB und die Stuttgarter Kickers anzustoßen. Fußball ist ein emotionaler Sport, der Bindungskraft hat, der aber eben – leider – auch von manchen Gruppierungen am rechten Rand benutzt wird, um Jugendliche „abzufangen“. Dem wollen und müssen wir entgegentreten. Die Fußballvereine finanzieren die Hälfte des Projekts, das Land ein Viertel und die Stadt nun ebenfalls ein Viertel. Denn im Sport bedeutet Prävention eben nicht nur Gesundheit, es muss auch die gesellschaftliche Komponente mit einbezogen werden.

Der Spagat zwischen Investitionen in Steine und Investitionen in Beine ist uns in diesem Haushalt also ohne Zerrungen sehr gelungen. Es bewegt sich was in Stuttgart – dank Grüner Ideen.

Benjamin Lauber



Foto: pixabay.com





Die Wagenhallen am Nordbahnhof werden auch künftig Teil der Stuttgarter Kulturlandschaft sein.
Fotos: Redaktion

GRÜNER ERFOLG: KULTUR

Auch in Zukunft: bunt, spannend, vielfältig!

Mit wem sind welche künstlerischen Entwicklungen möglich? Uns freut, dass viele neue und junge Ideen dazukommen!

■ Haushaltsberatungen zwingen uns, unsere Ideen für die Stadt im Zählmaß Cent und Euro zu beschreiben; die Beratungen sind eine Tour d'Horizon durch die Themen und Aufgaben einer Stadt und der Kommunalpolitik. Was wir wie in der Kulturpolitik fördern und ermöglichen wollen, wird damit auch danach bewertet, mit welchen Institutionen und welchen Personen welche kulturellen und künstlerischen Entwicklungen möglich sind. Dazu gehört auch, den Blick auf die Infrastruktur und auf die Kulturgebäude zu lenken.

WAGENHALLEN UND THEATERHAUS | Sowohl Atelierflächen als auch Konzertsäle sind rar in Stuttgart und so sind wir froh, dass die Wagenhallen in ihrem Zwei-Säulen-Modell weiter in Stuttgart sein können. Dazu ist es notwendig, die Gebäude grundlegend zu sanieren und die jetzige Nutzung weiterhin zu ermöglichen und weiterzuentwickeln. Nicht zu sanieren hätte bedeutet, dass die Gebäude künftig nicht mehr genutzt werden können, da sie, so wie sie jetzt sind, nicht mehr den Sicherheitsbestimmungen entsprechen. Die Ablehnung der diesbezüglichen Vorlagen der Verwaltung wäre das Aus für diese gewachsene kulturelle Entwicklung gewesen. Wir freuen uns, dass die Planungen jetzt auf Basis einer gesicherten Finanzierung weitergehen können und dies in enger Abstimmung mit den NutzerInnen der Wagenhallen und dem Gemeinderat geschieht.

In diesem Sinne sind wir auch froh, dass für den Erweiterungsbau des Theaterhauses Planungsmittel eingestellt wurden. Er dient nicht nur als Lärmschutzriegel zur geplanten Wohnbebauung am Pragsattel, sondern ist auch für das Theaterhaus eine notwendige Arrondierung und schafft weiteren Raum für eine Entwicklung, die wir getrost als Erfolgsgeschichte eines so vielseitigen Kulturhauses ansehen können, das weit über Stuttgart hinaus strahlt. Die Erweiterung um die Sparte Tanz mit Gauthier Dance hat dabei stark zur Strahlkraft des Hauses beigetragen. Dass Eric Gauthier mit seinem Tanzfestival „Colours“ im vergangenen Jahr eine solche Wirkung in der Stadt entfaltet hat, hätten wir uns bei Beantragung der dazu notwendigen Mittel zwei Jahre zuvor kaum träumen lassen. Dass die Stadtverwaltung mit einer Erhöhung der Mittel auch dafür diesen Erfolg nun weiterführen will, haben wir nur zu gerne unterstützt. Für mich unverständlich, dass es darüber überhaupt Diskussionen gegeben hat. Beim oben genannten Erweiterungsbau sollte jetzt allerdings eine Spielstätte für die Freie Tanz- und Theaterszene mitgedacht werden. Sie hatte mit dem Ost eine Spielstätte auf Zeit, die nun weggefallen ist.

VIELFALT AUCH IN DER KULTURLANDSCHAFT | Stuttgart glänzt durch Spitzenkunst – sei es im Tanz mit dem Stuttgarter Ballett, das seinen Weltruf über nun 50 Jahre verteidigt und verstetigt, und der noch relativ jungen Kompanie von Eric Gauthier, oder in der Musik mit der Staatsoper oder auch mit den Orchestern und Chören, die weit über die Landesgrenzen hinaus wahrgenommen werden, aber auch

durch eine Vielzahl mittlerer und kleiner Theater, die es zu fördern gilt. So war es nur folgerichtig, bei Einrichtungen wie den Schauspielbühnen Stuttgart, dem Theaterhaus, der tri-bühne, dem Theater der Altstadt oder dem Stuttgarter Kammerorchester, der Bachakademie, bei Musik der Jahrhunderte und auch in der Stuttgarter Chorlandschaft die Zuschüsse den Kostenentwicklungen der letzten Jahre anzupassen. Das ist das Schwarzbrot der Kulturpolitik – abseits der prestigeträchtigen Eröffnungen, aber wichtig, um die Qualität und die Vielfalt in der Stadt zu erhalten.

NEUES WAGEN! | Dass die Stuttgarter Kulturszene immer wieder neue Ideen und Entwicklungen braucht, ist einsichtig. Daher freuen wir uns, dass unsere Stadt auch für junge Künstler eine hohe Anziehungskraft besitzt, nicht nur der hohen Kaufkraft einer kulturinteressierten Bevölkerung wegen. So haben wir gerne Mittel für Performance Electric oder die Dragon Days beantragt und beschlossen und fühlen uns bestätigt, bereits bei den vorangegangenen Haushaltsberatungen den Innovationsfonds Kunst aufgestockt zu haben. Wir sind gespannt auf die Auswirkungen der Förderung der Clubkultur, auf die weitere Entwicklung des Internationalen Solo-Tanz-Festivals, auf das Lichtkunstfestival „Aufstiege“ oder auch auf die Weiterentwicklung von spotlight. Denn wir Grünen sind der Meinung, dass zur Attraktivität der Stadt Stuttgart die Kultur in großem Maße beiträgt.

Andreas G. Winter

✓ GRÜNER ERFOLG: SCHULEN

Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium und andere Schulen profitieren

Viel Zeit und Arbeit sind in die Verhandlungen um den Haushalt 2016/2017 geflossen – mit dem Ergebnis, dass wir es als Grüne Fraktion geschafft haben, besonders viele Schulprojekte zu finanzieren. Ein toller Erfolg!

■ Mein erster Haushalt als schulpolitische Sprecherin liegt hinter mir. Besonders bedeutsam ist für mich, dass wir es geschafft haben, die volle Finanzierung des Elly-Heuss-Knapp-Gymnasiums im Doppelhaushalt zu stemmen. Diese Finanzierung stand alles andere als auf sicheren Beinen. In vielen Gesprächen, mit einiger Überzeugungsarbeit und schlussendlich in guter Zusammenarbeit ist es in der dritten Lesung des Haushaltsentwurfs gelungen, die Finanzierung voll darzustellen. Jetzt fließt ein besonders großer Betrag in einen Neubau in Bad Cannstatt. Die Kosten für Planung und Neubau der Schule belaufen sich auf ca. 39 Millionen Euro. Auch für den Haushalt einer Großstadt ein großer Brocken.

GYMNASIUM MIT NEUEM INKLUSIVEM KONZEPT | Das Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium hat sich bereits seit geraumer Zeit mit einem neuen pädagogischen Ansatz beschäftigt und zwischenzeitlich ein neues „inklusives“ pädagogisches Konzept entwickelt. Wir sind überzeugt von diesem Konzept und wollen dieses Bauvorhaben endlich in der Stadt umsetzen. Jetzt können die baulichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass künftig auch Kinder mit Behinderungen die Möglichkeit haben, ein Gymnasium zu besuchen, das spezielle, auf sie ausgerichtete Anforderungen erfüllt. Wir freuen uns sehr auf den Baubeginn im Jahr 2017.

Neben diesem wichtigen Projekt haben wir im Haushalt zudem dafür gesorgt, dass viele weitere, wenn auch etwas kleinere Vorhaben realisiert werden können. Um nur einige wenige zu nennen: Das Zeppelin-Gymnasium im Stuttgarter Osten erhält endlich den nötigen Mensa-Neubau für gut drei Millionen Euro und die Falkert-/Schlossrealschule eine neue Turnhalle mit Gesamtkosten in Höhe von mehr als acht Millionen Euro. Außerdem gibt es für die Fasanenhofschule in Möhringen eine neue Großturnhalle.

Gestartet werden können außerdem viele neue Schulvorhaben. Dafür haben wir die nötigen Planungsmittel eingestellt. Ein seit längerem diskutiertes Beispiel ist etwa die Planung für die Sanierung und Erweiterung des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in Sillenbuch. Geprüft wird nun, ob und in welchem Umfang eine Sanierung durchgeführt wird bzw. ob es möglich ist, einen Neubau an anderer Stelle zu erstellen und was für die Schule und die SchülerInnen zum besseren Ergebnis führt.

CAMPUS-HAUS FÜR PÄDAGOGISCHE SYNERGIEN | Ebenso wird die Planung eines sogenannten „Campus-Hauses“ in Vaihingen betrieben. Dort soll ein von vier Schularten gemeinsam genutztes Gebäude entstehen. Wir hoffen sehr, dass dabei auch pädagogische Synergien frei werden und SchülerInnen unterschiedlicher Schulen gemeinsam lernen dürfen.

Aber nicht nur einzelne, klar zu verortende (Groß-)Projekte stehen im städtischen Haushalt. Für den Ausbau und Betrieb der in Stuttgart entstehenden Ganztageschulen wurden (wieder) 33,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, und auch für das Essen der Schülerinnen und Schüler gibt's Geld von der Stadt.

WEITERE KLEINE ERFOLGE – UND EIN GROSSER WERMUTSTROPFEN

Die Margarete-Steiff-Schule in Möhringen (Schule für Körperbehinderte) hat in den vergangenen Jahren einen schönen Neubau erhalten. Jedoch benötigt sie noch einige weitere wichtige Ausbauten. Leider ist es nicht gelungen, auch diese Finanzierung zu sichern. Vergessen ist sie aber nicht. Mit dieser Schule werden wir uns im nächsten Haushalt wieder beschäftigen.

Dagegen ist es uns gelungen, einige kleinere Projekte wie die Umgestaltung von Schulhöfen und Schulaußenanlagen zu sichern, damit SchülerInnen und Lehrpersonal die nötige Erholung auch innerhalb ihrer Schule erhalten können.

Hierzu noch ein kleines Fallbeispiel aus der Praxis: Um außerhalb des Haushalts einen Fahrradständer für eine Schule zu erhalten, waren diverse Schreiben, noch mehr Telefonate sowie ca. ein Jahr Verhandlungen mit der Verwaltung nötig. Jetzt ist die Schule stolze Besitzerin eines Radständers.

Gabriele Nuber-Schöllhammer



Suchthilfe rettet Leben – jeden Tag!

Akteure und Programme, die sich um Suchtkranke und -gefährdete kümmern, erhalten wichtige Unterstützung.

■ Angebote der Suchtprävention und -hilfe helfen Suchtkranken beim Umgang mit ihrer Erkrankung und bieten einen Einstieg in den Ausstieg. Sie tragen vor allem aber auch dazu bei, Abhängigkeit zu verhindern, bevor sie überhaupt eintritt. Leider hat diese wichtige Aufgabe meist keine starke Lobby. Ein Grund mehr, weswegen wir bei unseren Anträgen und Beschlüssen zum Doppelhaushalt 2016/2017 auf diesen Bereich ein besonderes Augenmerk gelegt haben. In Stuttgart wird seit Jahren eine sehr gute Arbeit in der Suchtprävention geleistet. Nicht zuletzt weil es den Trägern gelungen ist, zeitlich befristete Projekte mit Dritt- oder Eigenmitteln zu finanzieren. Gute Suchtprävention erfordert aber eine langfristig gesicherte, adäquate materielle und administrative Ausstattung, die nicht ausschließlich über zeitlich befristete Zuwendungen gewährleistet werden kann. Es besteht in der Suchthilfe der Stadt Stuttgart eine große strukturelle Unterfinanzierung. Die bisherige Sachkostenpauschale deckte nur etwa 20 bis 30 Prozent der tatsächlichen Kosten ab und blieb elf Jahre lang unverändert.

Um die Arbeitsgrundlage der Träger der Suchthilfe sicherzustellen und schrittweise eine einheitliche und transparente Förder-systematik zu erreichen, haben wir daher die Sachkostenpauschale der Träger der ambulanten Suchthilfe erhöht und somit die kontinuierliche Arbeit in diesem Bereich gesichert.

DIFFERENZIERTE HILFEN FÜR UNTERSCHIEDLICHE PROBLEME | Zudem haben wir zusätzliche Stellen bei den freien Trägern in wichtigen Bereichen gefordert und bewilligt; etwa für Jugendliche, die von Essstörungen betroffen sind, für flexible Suchtberatung, die Prävention suchgefährdeter weiblicher Jugendliche und für geschlechtsspezifische Suchtprävention im Bereich Migranten/Flüchtlinge. Gerade Kinder suchtkranker Eltern leiden sehr unter ihrer Situation und brauchen dringend Unterstützung. Mit „Pro Kids“ haben wir die Fortführung eines Projekts gesichert, das Kindern und ihren Eltern niedrigschwellige Beratung und Begleitung ermöglicht.

Damit Suchtkranke wieder am Leben teilhaben und so auch langfristig den Ausstieg aus der Sucht schaffen können, kann die stabilisierende Wirkung von Arbeitsgelegenheiten gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Daher war uns besonders wichtig,

für Suchtkranke im SGB-II-Grundsicherungsbezug, bei denen multiple Vermittlungshemmnisse und Leistungseinschränkungen vorliegen, Angebote an niedrigschwelligen arbeitsähnlichen Tätigkeiten zu schaffen – analog zu bestehenden Angeboten für Menschen mit psychischen Erkrankungen.

„ARBEIT STATT DROGEN!“ | So kann im extrem niedrigschwelligen Bereich eine wichtige und richtige Ergänzung zum dringend gebotenen Programm „Arbeit statt Drogen!“ geschaffen werden, das nun ab 2016 durch das Jobcenter wieder aufgelegt wird. Damit wird die Lücke zwischen den SGB-II-Leistungen bzw. Maßnahmen des Jobcenters und den tagesstrukturierenden Maßnahmen nach § 67 SGB XII gerade für einen besonders bedürftigen Personenkreis im Leistungsbereich des SGB II geschlossen. Für die Umsetzung gibt es in Stuttgart sowohl im Bereich Suchthilfe als auch im Bereich der Arbeitshilfeträger (z. B. Zora, Kulturwerk) Akteure, die über viel Erfahrung in diesem speziellen Bereich verfügen. Somit ist auch die beschlossene Nutzung des Untergeschosses in der Kriegsbergstraße 40 für tagesstrukturierende Angebote von Release Stuttgart e. V. sinnvoll.

Petra Rühle

■ AUS FÜR CONTAIN'T

Von Anfang an haben die Grünen die Zwischennutzung des Contain't-Geländes auf dem Neckarpark durch Kulturschaffende unterstützt. Im Jahr 2013, aus dem dieses Foto stammt, haben sie sich um Genehmigungen für Veranstaltungen und Ateliers gekümmert. 2015 dann für die Verlängerung der Zwischennutzung, der aber das Regierungspräsidium wegen Mauereidechsen nicht zustimmte. Stadtrat Björn Peterhoff hat dann noch einen Alternativvorschlag gemacht, der aber nur eine Verlängerung von einem Monat gebracht hätte. Schade – das ist aber das Los von Zwischennutzungen. Die nächste Brache findet sich!

Foto: Björn Peterhoff



Herzenssache ...

Auch 2016/2017 gibt es dank Grüner Anträge Geld für Tier- und Naturschutz.

■ **KATZENHILFE** | Sie verstecken sich auf verwilderten Grundstücken, Industriebrachen, in Hinterhöfen. Frei lebende Katzen sind scheu und leiden stumm, denn viele von ihnen sind krank und unterernährt. Trotzdem bekommen auch sie mehrmals im Jahr Nachwuchs. Seit über 30 Jahren engagiert sich der Verein Katzenhilfe Stuttgart e.V. dafür, die Lebensbedingungen von herrenlosen, ausgesetzten und in Not geratenen Katzen in Stuttgart zu verbessern. Die wenigen ehrenamtlichen Mitarbeiter fangen und kastrieren die Katzen, um die ungezügeltere Vermehrung der Tiere einzudämmen. Um diese wichtige Arbeit zu unterstützen, erhält der Verein 2016 und 2017 jeweils 20.000 Euro zum Begleichen der Tierarztrechnungen.

■ **STADT-TAUBEN-PROJEKT** | Um den Taubenbestand tierschutzgerecht zu regulieren, ist das vom Amt für öffentliche Ordnung, Tierschutzverein und der Caritas betreute, 2015 mit dem Landestierschutzpreis ausgezeichnete Projekt bereits 2009 gestartet worden. In mittlerweile acht Taubenschlägen und -türmen werden die Eier durch Attrappen ersetzt, wodurch sich die Vermehrungsrate drastisch reduziert. Die Verunreinigung durch Taubenkot sinkt, weil sich die Tiere dank kontrollierter Fütterung überwiegend im Schlag aufhalten. Der weitere Ausbau der Taubenschläge und die Weiterentwicklung und Überwachung des Konzepts wird in den kommenden zwei Jahren mit je 45.000 Euro und einer halben Personalstelle gefördert.

■ **BIOTOPPFLEGE** | Seit vielen Jahren engagieren sich BürgerInnen in Mühlhausen und den Neckarvororten durch ehrenamtliche Biotoppflegemaßnahmen für den Natur- und Landschaftsschutz in unserer Stadt. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für den Erhalt der Lebensräume von schützenswerten Tier- und Pflanzenarten. Zur Sicherung dieses Engagements ist externe Unterstützung und Beratung durch Landschaftsökologen notwendig sowie Finanzmittel für die Sachkosten. In den nächsten zwei Jahren stehen dafür 50.000 Euro zur Verfügung.

Clarissa Seitz



Biotoppflege: Arge Nord mit OB Kuhn. Fotos: Thomas Niedermüller/Stadt Stuttgart, Silvie Brucklacher-Gunzenhäuser

... mit langer Tradition

Grüner Einsatz für Tierschutz: in Stuttgart in guter Gesellschaft!

■ **GEBURTSORT DES ORGANISIERTEN TIERSCHUTZES** | Wenn wir Grünen im Rathaus uns für den Tierschutz stark machen, dann ist das in Stuttgart mehr als eine politische Selbstverständlichkeit. Schließlich ist Stuttgart der Geburtsort des organisierten Tierschutzes in Deutschland und weit darüber hinaus. Erinnerung wird daran aus gutem Grund in der evangelischen Leonhardsgemeinde, deren Taubenschläge im Dach der Leonhardskirche so etwas wie das Herzstück des Stuttgarter Taubenkonzeptes darstellen. Denn es war mit Albert Knapp ein Pfarrer der Gemeinde, der 1837 den ersten Tierschutzverein auf europäischem Festland gründete. Inspiriert wurde Pfarrer Knapp von seinem Freund und Amtskollegen Christian Adam Dann. Dieser hatte 1822, strafversetzt von Stuttgart nach Mössingen durch König Friedrich Wilhelm Karl von Württemberg, eine wegweisende Schrift verfasst: „Bitte der armen Thiere, der unvernünftigen Geschöpfe, an ihre vernünftigen Mitgeschöpfe und Herrn, die Menschen.“ Darin prangerte Pfarrer Dann als einer der ersten vieles von dem an, was auch heute noch beim Umgang des Menschen mit der Tierwelt im Argen liegt: sinnlose Quälerei von Haus-, Nutz- und Wildtieren, Vernachlässigung und Misshandlung des Viehs, Fleischerzeugung zum übertriebenen Fleischverzehr, Tiertransporte, grausame Schlachtmethode und Tierversuche sowie Ausplünderung der Natur.

Schon damals merkte Pfarrer Dann, dass Predigten und Schriften allein nicht genügten, und trug sich mit dem Gedanken, einen Tierschutzverein zu gründen. Dieses Vorhaben hat dann nach seinem Tod 1837 sein Freund und Kollege Knapp in die Tat umgesetzt.

In der Leonhardsgemeinde fühlt man sich bis heute dieser Tradition verpflichtet und ist auch deshalb zur tragenden Säule des Stuttgarter Taubenkonzeptes in der Innenstadt geworden. Namentlich Heinz Rittberger, Kirchengemeinderatsvorsitzender und Inhaber des Traditionsgeschäfts Seifenlenz in der Esslingerstraße, trägt mit seinem unermüdlichen Engagement für die artgerechte Haltung der Tauben und dem Entnehmen der Taubeneier wesentlich dazu bei, dass es den vielfach ungeliebten Tauben in Stuttgart besser geht und dass ihre Ausbreitung gleichzeitig durch den Eieraustausch eingedämmt wird.

Wir Grünen sind dankbar für dieses Engagement und werden die Suche nach weiteren Standorten für Taubenschläge zur Umsetzung des Stuttgarter Taubenkonzeptes auf Basis der guten Haushaltsbeschlüsse fortsetzen. Denn Tierschutz und das Anliegen, den Taubenbestand in der Stadt zu reduzieren, sind kein Widerspruch, sondern können Hand in Hand gehen. Allerdings nur, wenn es mehr Immobilienbesitzer und Tierfreunde gibt, die sich wie die Leonhardsgemeinde und Heinz Rittberger am Stuttgarter Taubenkonzept beteiligen.

Jochen Stopper

Haltestelle gesucht! Stuttgart braucht mehr als einen Fernbushalt

Erst wurde der ZOB vom Hauptbahnhof an den Stadtrand verlegt, jetzt schließen die Fernbushaltestellen Zuffenhausen und Obertürkheim. Übrig bleibt ein Halt am Flughafen. Das ist zu wenig.

■ Im Sommer dieses Jahres wird das Stuttgart Airport Busterminal (SAB), der Fernbusbahnhof am Flughafen, eröffnet und soll damit die Interimsfernbushaltestellen in Zuffenhausen und Obertürkheim ablösen. Sieht man einmal davon ab, dass die fatale Verdrängung des zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) vom Stuttgarter Hauptbahnhof in die Peripherie eines der vielen Indizien dafür ist, dass bei Stuttgart 21 mehr Immobilien- als Mobilitätsinteressen am Werk waren, ist der Standort am Flughafen eine den Umständen entsprechend akzeptable Lösung. Schließlich ist der Flughafen nicht nur optimal an die Autobahn A8 und die Bundesstraße B27 angebunden, er wird durch Stuttgart 21 – warum auch immer – mit Milliardenaufwand zu einer großen Verkehrsdrehscheibe ausgebaut, an der – wann auch immer – Fern- und Nahverkehrszüge, die S-Bahn, die Stadtbahn sowie regionaler und überregionaler Busverkehr – wie auch immer – verknüpft werden.

KONKURRENZ ZUR SCHIENE |

Dennoch wird dieser eine Fernbushalt im Süden Stuttgarts den Anforderungen des in den letzten Jahren seit der Liberalisierung exorbitant gewachsenen Fernbusverkehrs nicht gerecht. Selbst wenn man realistisch ist und einkalkuliert, dass sich der Fernbusmarkt in den kommenden Jahren unter dem immensen Preisdruck noch einmal bereinigen wird, werden die Fernbusse sicher ein relevanter Teil des öffentlichen Verkehrs in Deutschland bleiben. Und das muss nicht schlecht sein, denn Busse sind auch im Fernverkehr eine ausgesprochen ökologische Alternative zum Auto – vom Flugverkehr einmal ganz abgesehen.

Wenn der Schienenverkehr durch eine kluge Angebots- und Preispolitik dem Fernbusverkehr gegenüber einigermaßen wettbewerbsfähig bleibt, dann wirkt sich das Wachstum beim Fernbus positiv auf die Umweltbilanz im Verkehrsbereich aus.

EIN WEITERER BUSSTOPP FEHLT. VOR ALLEM DER STUTTGARTER NORDEN IST SCHLECHT ANGEBUNDEN. | Stuttgart ist bereits heute ein wichtiges Ziel für den Fernbusverkehr, und die Anbieter sehen für die Zukunft noch zusätzliches Fahrgastpotenzial. Allerdings ist die Konzentration auf einen Halt am Flughafen nicht nur eine Wachstumsbremse, sie bedeutet auf einigen Linien insbesondere aus dem Norden auch eine deutliche Verschlechterung des Angebots. Wenn sich hier Fahrzeiten in die Innenstadt – den Umstieg auf öffentlichen Verkehr eingerechnet – gegenüber dem derzeitigen Status Quo um fast eine Stunde verlängern, werden solche Fernbuslinien nicht mehr nachgefragt werden und ein Teil der Fahrgäste wird wieder auf das Auto umsteigen.

Wir Grünen plädieren deshalb dafür, im Norden der Stadt einen weiteren Fernbushalt einzurichten. Nicht in Form eines großen Fernbusbahnhofs, sondern für eine klar begrenzte Zahl von Fernbuslinien, gut an den ÖPNV und an das Fernstraßennetz angeschlossen.

Den von uns seinerzeit unterstützten Beschluss, die Interimsfernbushaltestellen in Zuffenhausen und Obertürkheim nach Inbetriebnahme des SAB nicht weiter zu betreiben, stellen wir selbstverständlich nicht in Frage. Wir wollen aber andere geeignete Standorte für einen zweiten Fernbushalt in Stuttgart prüfen. Dieser zweite Halt sollte wie gesagt in einem der nördlichen Stadtbezirke liegen und natürlich gut an den ÖPNV angeschlossen sein. |

VORSCHLÄGE SIND WILLKOMMEN!

Jochen Stopper

Frauen im Job

Die berufliche Integration von Frauen muss gefördert werden.

■ Hierfür wurde das Stuttgarter Integrations- und Arbeitsmarktprogramm für Frauen (SINA) ins Leben gerufen. Mit dem Haushalt 2016/2017 sind wir hier ein gutes Stück vorangekommen. Stuttgart wurde Optionskommune mit dem Ziel, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen miteinander zu verbinden und Hilfen aus *einer* Hand zu ermöglichen. So lauten zwei Zielvorgaben des Stuttgarter Jobcenters. Das Jobcenter kann jedoch nur Frauen im ALG-II-Leistungsbezug fördern. Frauen in prekären Verhältnissen (egal ob alleinerziehend oder nicht), die z. B. etwas Unterhalt erhalten, Wohngeld beziehen oder einen 450-Euro-Job haben, können keine Jobcenter-Maßnahmen in Anspruch nehmen, obwohl sie finanziell nicht besser gestellt und gleichermaßen von Altersarmut bedroht sind. Sie sind aber genauso wichtig. Für sie braucht es also eine zusätzliche Finanzierung im Haushalt. Dafür haben wir gesorgt.

BENACHTEILIGUNG ABSCHWÄCHEN! |

106.500 Euro fließen in ein Modellangebot mit systematischem, ganzheitlichem Leit- und Begleitsystem für Alleinerziehende in Stuttgart und effektiven Dienstleistungsketten, um alleinerziehende Frauen in Arbeit oder Ausbildung zu vermitteln. Mit 116.000 Euro fördern wir Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, um ihnen eine Ausbildung, Nach- oder Anpassungsqualifizierung zu ermöglichen. Denn Frauen sind noch immer viel zu oft und zu lange in Minijobs oder schlecht bezahlten, nicht existenzsichernden sozialversicherungspflichtigen Jobs und somit von Altersarmut bedroht. 61.500 Euro stehen für die Anschlussfinanzierung einer niedrigschwelligen Beratungsstelle für Frauen in besonderen Lebenssituationen zur Verfügung. Dort werden auch Frauen beraten, die sich außerhalb von Regelsystemen befinden. Und nicht zuletzt haben wir die gestiegenen Kosten im Projekt BBI Berufliche Beratung und Information für Mütter mit Kindern unter drei Jahren mit 16.000 Euro aufgefangen.

Andrea Münch





■ KÜBELESRENNEN UND DRACHENCUP

Kübelesrennen 2016! Auch dieses Mal hat es nicht aufs Treppchen gereicht, auch wenn die Motivation gestimmt hat. Jetzt bereitet man sich jenseits des Neckars auf den Drachencup vor. Am 23. Juli 2016 in Bad Cannstatt. Wer rudert mit? Wir freuen uns über zahlreiche Anmeldungen unter gruene.fraktion@stuttgart.de. Aber Vorsicht: Jedes Mannschaftsmitglied muss mindestens 30 Meter mit Kleidung schwimmen können!

Foto: Andrea Münch

VERKEHR

Knackpunkt Mobilitätskonzept?

Porsche erweitert Produktion – ohne vor Ort mehr Autos auf die Straße zu bringen?

■ Porsche investiert kräftig an seinem Heimatstandort: Bis 2020 wird rund eine Milliarde Euro in neue Anlagen zum Karosseriebau und in ein neues Motorenwerk fließen. Das erste Elektroauto in der Sportwagenklasse soll vor Ort produziert werden; insgesamt werden künftig mehr als 100.000 Fahrzeuge pro Jahr aus Zuffenhausen kommen, von über 1.000 neuen Arbeitsplätzen ist die Rede! Das ist sehr erfreulich, denn der Einstieg in die Elektromobilität und die Standorttreue des renommierten Fahrzeugherstellers bedeuten eine deutliche Stärkung des Wirtschaftsstandorts Stuttgart.

Diese umfangreiche Betriebserweiterung hat die Aufstellung eines neuen Bebauungsplans sowie ein immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren zur Folge. Und es muss geklärt werden, wie die Erschließung des Werksgeländes erfolgen soll.

Letzteres wird sicherlich der größte Knackpunkt. Angekündigt ist ein Mobilitätskonzept für die MitarbeiterInnen mit Einbeziehung des ÖPNV und mit neuen Fahrradstellplätzen. Dies halten wir für besonders wichtig, denn es macht auch bei einem Autohersteller keinen Sinn, wenn die MitarbeiterInnen, die nur vom Wohnort zum Arbeitsplatz fahren, erstens die Straßen verstopfen und zweitens ganztags einen Parkplatz beanspruchen. Natürlich hat die Firma Porsche ein Eigen-

interesse daran, die Verkehrssituation in Zuffenhausen zu verbessern. Sie wird daher in eine Unterquerung der Bahngleise investieren, damit der Kreisel in der Schwieberdingen Straße nicht zusätzlich belastet wird. Das Problem ist, dass schon jetzt zu viel Verkehr auf dieser Straße ist und dass dieser auch durch die Neuentwicklung auf dem Fritz-Areal an der Ecke Marconistraße noch zunehmen wird.

KEINE DURCHFART DURCHS NATURSCHUTZGEBIET! | Entscheidend ist daher, dass die Stadt zunächst in Zusammenarbeit mit Porsche ein Mobilitätskonzept erarbeitet, so dass möglichst wenig Mehrverkehr auf die öffentlichen Straßen kommt und dieser weitgehend auf dem Firmengelände abgewickelt wird. Wir Grünen fordern zudem, dass der sogenannte Vicinalweg, eine heute noch bestehende Durchfahrt zwischen Zuffenhausen und Weilimdorf durch den Greutterwald, geschlossen werden muss. Das Gebiet wurde 1984 ja nicht umsonst zum Naturschutzgebiet erklärt. Schutzzweck: Erhalt des Streuobstbestands mit angrenzenden Wald- und kleineren Wasserflächen sowie Feuchtgebieten als ökologisch wertvolle Ausgleichsfläche im Stadtgebiet.

Auch hier sehen wir die Stadt gefordert, Klarheit über die etwaige Rechtsnachfolge des einst vertraglich SEL zugestandenen Rechts zur Nutzung des Weges zu schaffen und auf dessen Schließung hinzuwirken.

Silvia Fischer



AUS DEN BEZIRKEN
S-WEST

Erfreulich für Rad und Fuß...

Die neue Fußgänger- und Fahrradbrücke über den Schattengrund ist offen.

■ 2010 musste die alte Holzbrücke hinüber zum Bärensee nach mehreren Reparaturversuchen endgültig geschlossen werden. Fußgänger und Radfahrer mussten den gefährlichen Umweg über den Kreisverkehr in Anspruch nehmen. Ein Ersatz schien aus finanziellen und naturschutzrechtlichen Problemen nicht möglich. Die Brücke wurde aber von vielen Spaziergängern und Radfahrern (Radelthon) immer wieder eingefordert. Nicht zuletzt durch den Einsatz unserer Landtagsabgeordneten Muhterem Aras wurden die Kosten vom Land übernommen. Wegen der großen Bedeutung für die Naherholung und dank des behutsamen Entwurfs konnten auch die naturschutzrechtlichen Bedenken zurückgestellt werden. Seit der offiziellen Eröffnung im November 2015 wird die Brücke wieder täglich von vielen dankbaren Menschen genutzt.



Foto: Reinhard Möhrle



S-SÜD

1 km Vorfahrt fürs Fahrrad

Endlich: Die Tübinger Straße wird Fahrradstraße.

■ Fast zehn Jahre hat es gedauert von der ersten Forderung der Grünen im Bezirksbeirat Süd über den ersten einstimmigen Beschluss des Gremiums vor drei Jahren, einem neuen vor zwei Jahren, einem Versprechen vor einem Jahr und dem jetzigen Beschluss zur Umsetzung. Noch vor den Sommerferien wird zwischen Marienplatz und dem Gerber die Straße zur Fahrradstraße. Auf einer Fahrradstraße dürfen eigentlich keine Autos fahren. Es sei denn, man gibt sie mit einem Schild für Anlieger frei, was hier der Fall sein wird. Wer mit dem Auto in die Tübinger Straße muss, weil er oder sie dort wohnt oder etwas einkaufen will, kann das tun. Allerdings haben Räder Vorfahrt. Man darf auch nebeneinander radeln.

WAS GESCHIEHT? | Von Römer- bis Cottastraße wird eine Einbahnstraße Richtung Stadtmitte eingerichtet, damit der Schleichverkehr bei Stau auf der Hauptstätterstraße aufhört. Die Zebrastreifen bleiben. Die Straße liegt außerdem in einer Tempo-30-Zone.

WARUM EIGENTLICH? | Die Tübinger Straße ist Teil der Hauptradroute 1 längs durch die Stadt. Eine Verkehrszählung ergab, dass täglich rund 2.300 Radfahrende, aber nur 1.900 Autos die Tübinger Straße nutzen. Fahrradstraßen kann und sollte eine Stadt dort ausweisen, wo mehr Radfahrende unterwegs sind als Autos.

WIRD ES KONFLIKTE GEBEN? | Viele FußgängerInnen empfinden Räder oft als viel zu schnell. Sie halten sie für schneller als die Autos. Aber Normalräder und Pedelecs fahren nicht schneller als 30 km/h, meist aber zwischen 14 und 23 km/h. Außerdem haben FußgängerInnen oft das Gefühl, RadlerInnen würden den Zebrastreifen nicht beachten. Natürlich müssen Radler Fußgängern am Zebrastreifen Vorrang geben, aber nicht unbedingt dafür anhalten. Räder sind so schmal, dass sie hinter dem querenden Fußgänger durchpassen. Zögert der Fußgänger sehr, dann fährt ein Radler auch mal vor ihm vorbei.

FußgängerInnen müssen dazulernen. Radler sind keine Monster. Sie sehen den Fußgänger, auch den, der mit den Augen auf dem Handy blicklos die Fahrbahn quert. Die meisten Zusammenstöße zwischen Radlern und Fußgängern werden vom Radfahrer verhindert. Der hat kein Interesse an einem Unfall, bei dem er selbst stürzt und sich verletzt. Mein Tipp an alle FußgängerInnen: Gehen Sie über den Zebrastreifen, warten Sie nicht ab, ob der Radler hält. Der Radfahrer richtet sich nach Ihnen. Sie müssen sich nicht nach dem Radfahrer richten.

WIR FREUEN UNS! | Auf die zweite Fahrradstraße in Stuttgart! Viele Radfahrende bedeuten weniger Autos und mehr Leben und Handel in der Innenstadt.

Christine Lehmann



Reinhard Möhrle,
Bezirksvorsteher Stuttgart-West



Foto: Nathalie Wingartz





S-WEST

Rastlos im Rotwildpark

Ärgerlich: Bänke und Spielplätze sind abgebaut worden.

Das Gebiet um das Bärenschlössle und die Parkseen ist eines der größten und wichtigsten Naherholungsgebiete Stuttgarts. Dementsprechend groß waren die Proteste, als letztes Jahr viele Bänke, Spiel- und Grillplätze abgebaut wurden. Grund dafür ist auf der einen Seite die Verkehrssicherungspflicht. Die Stadt haftet, wenn Personen durch Astbruch oder gar umstürzende Bäume verletzt werden. Gleichzeitig ist der Wald aber Teil des europäischen Schutzgebiets Natura 2000.

UNTER BAUMRIESEN | Besonders geschützt sind die über 2.500 alten Baumindividuen, auch aufgrund ihrer Bedeutung für streng geschützte Tierarten. Bei jedem einzelnen Eingriff müssen die Auswirkungen zeit- und personalintensiv überprüft werden. Da dies vom Forstamt nicht geleistet werden konnte, wurden die Erholungseinrichtungen einfach abgebaut. Damit entfiel zwar die Verkehrssicherungspflicht, aber die Erholungsfunktion wurde massiv beeinträchtigt.

Im Juli gab das Amt dem Bezirksbeirat West bei einer Begehung das Signal, dass noch in 2015 zusammen mit dem Land als Waldeigentümer eine Lösung gefunden werden könne. Mitten in die Haushaltsberatungen platzte dann aber die Mitteilung des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes, dass nicht vor 2018 mit einer Lösung zu rechnen sei. Bis dahin könnten nur die Einrichtungen entlang von drei Wegen wieder ermöglicht werden. Besonders bedauerlich: Der große Spiel- und Grillplatz am Forsthaus I bliebe geschlossen und nahezu alle Bänke entlang der Parkseen fehlten.

Trotz der späten Information des Gemeinderats beantragte die Grüne Fraktion eine Personalaufstockung fürs Forstamt, die auch mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Jetzt werden wir darauf achten, dass davon auch möglichst rasch die Erholung suchenden StuttgarterInnen profitieren.

*Reinhard Möhrle,
Bezirksvorsteher Stuttgart-West*



Fotos: Reinhard Möhrle



GRÜNER ERFOLG: WEILIMDORF

An vielen Ecken des Stadtteils geht's jetzt rund!

Viel Geld steht in den nächsten zwei Jahren für Weilimdorf zur Verfügung. Gut so, denn wir haben auch viel vor!

ENDLICH EIN BÜRGERHAUS FÜR WEILIMDORF! UND DAZU NOCH FRISCH SANIERT! | Das aus dem 18. Jahrhundert stammende Ensemble Altes Rathaus und Altes Schulhaus ist in Weilimdorf ein den Ortsteil prägendes historisches Kleinod. Vergleichbare historische Bausubstanz gibt es hier nicht mehr. Deshalb freuen wir uns besonders, dass auf unseren Antrag hin die Sanierungsmittel (für 2016 631.000 Euro und 2017 1,6 Millionen Euro) bereitgestellt werden. In Weilimdorf, obwohl viertgrößter Stadtteil Stuttgarts, gibt es noch kein Bürgerhaus. Räumlichkeiten für Vereine und die Gemeinwesenarbeit werden dringend benötigt. Mit der Sanierung des historischen Ensembles kann nun ein Großteil der fehlenden Räumlichkeiten geschaffen werden.

EIN NEUER KUNSTRASENPLATZ FÜR DIE SG | Für die mehr als 1.600 Mitglieder der SG Weilimdorf sind die Trainingsflächen sehr begrenzt. Um vor allem den vielen Jugendmannschaften bessere und ganzjährig nutzbare Trainings- und Spielmöglichkeiten anbieten zu können, wird der Tennenplatz in einen Kunstrasenplatz und die alte Hundert-Meter-Leicht-

athletiklaufbahn in eine Kunststofflaufbahn umgebaut. Dafür werden 800.000 Euro zur Verfügung gestellt.

NAHVERSORGUNG | Im Ortsteil Wolfbusch mit immerhin 3.000 Einwohnern gibt es keine Möglichkeit mehr, Lebensmittel einzukaufen. Das soll sich jetzt ändern. Am Hubertusplatz als Quartiersmittelpunkt soll ein „Bonusmarkt Light“ eingerichtet werden, um diese Versorgungslücke zu schließen. Dafür werden 70.000 Euro als Einrichtungszuschuss gewährt.

LÖWENMARKT | Das „Kiesbett“ des Löwenmarkts, unter anderem eine wichtige Fläche für Veranstaltungen, wird nun für 583.000 Euro umgestaltet. Damit erhöhen sich die Aufenthaltsqualität und die Attraktivität im Zentrum von Weilimdorf.

MEHR MITTEL FÜR STADTTEIL- UND FAMILIENZENTREN | Last but not least werden die beiden Stadtteil- und Familienzentren Pfaffenäcker und Giebel mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 nun personell und finanziell besser ausgestattet.

Clarissa Seitz



Halbhöhe im Dornröschenschlaf

Der Hallschlag: Quartier mit Potenzial. Viel hat sich in den letzten Jahren schon zum Besseren entwickelt!

■ 2004 – ich war gerade neu in den Gemeinderat gewählt worden – wurde das Konzept „Revitalisierung Hallschlag“ beraten und auf den Weg gebracht. In einem Zeitraum von 15 bis 20 Jahren sollten die damals mehrheitlich sozial schwachen Bewohner ertüchtigt und die Wohnqualität und das Wohnumfeld verbessert werden. O je, dachte ich damals, das ist aber eine lange Zeit – werden wir in der Stadt Verantwortlichen das durchhalten und ein gutes Ergebnis einfahren? Jetzt sind gute zehn Jahre um, und es ist festzustellen, dass es enorme Verbesserungen gab.

ENG UND SCHLICHT? DAS IST GESCHICHTE. | Der Hallschlag entstand durch drei aufeinander folgende soziale Wohnungsbauprogramme der Stadt Stuttgart. Sie hatten zwei gravierende Folgen: Die so entstandenen Zwei- bis Drei-Zimmer-Sozialwohnungen im Schlichtwohnungsbau mit „Abstandsgrün“ sind für moderne Maßstäbe zu klein und wurden zu stark belegt. Zudem war der Anteil an Haushalten mit Sozialhilfeempfängern drei Mal so hoch wie im Stuttgarter Durchschnitt. Die Kinder und Jugendlichen litten am meisten unter der Situation: Niedrige Übergangszahlen von der Grundschule auf weiterführende Schulen, ein Großteil der Jugendlichen weder mit Schulabschluss noch Berufsausbildung. Positiv war: Im Hallschlag leben überdurchschnittlich viele junge Familien mit Kindern. Die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil ist hoch. Er ist schön grün und liegt in bester Halbhöhenlage mit spektakulären Ausblicken ins Neckartal. Zudem haben die Wohngebiete wenig Verkehrsbelastung. Fazit: ein Stadtteil mit Potenzial!

KONZEPT „REVITALISIERUNG HALLSCHLAG“ TRÄGT FRÜCHTE. DIE „SOZIALE STADT“ BAND DIE BÜRGER EIN. | Von Anfang an war die SWSG in der Pflicht. Ihre Aufgabe war es, die Wohnungen zu sanieren oder gegebenenfalls neu zu bauen. 2013 wurde die Linie U 12 in den Hallschlag eröffnet. Auf unseren Grünen Antrag hin wurde für 1,6 Millionen Euro die Löwentorstraße mit breiteren Gehwegen, Baumpflanzungen und Radwegen umgebaut. Die Carl-Benz-Schule wurde Ganztagsgrundschule. Die Altenburgschule entwickelte sich 2014 von der Grund- und Hauptschule zur Gemeinschaftsschule. Dort werden jetzt Haupt- und Realschulabschluss und Unterricht auf gymnasialem Niveau angeboten. 2015 wurde die neue Schulmensa der Altenburgschule eingeweiht. 2015 entstand in der Reiterkaserne, die früher wegen fehlender Zugänge vom Hallschlag und fehlender Angebote nicht in den Stadtteil integriert war, ein Stadtteilzentrum mit Einkaufsmarkt, Bäckerei und Bank. Ein wichtiger Motor der Veränderung war ab 2007 die Arbeit des Stadtteilmanagements und der städtischen Mitarbeiter im Projekt „Soziale Stadt“. Einmal vom Gemeinderat in breitem politischen Konsens eingesetzt, war unser Selbstverständnis in der Politik des Gehörtwerdens, die Aktiven vor Ort zu un-

terstützen. In Arbeitsgruppen wurden mit den BürgerInnen viele später durchgeführte Veränderungen vorbereitet, geplant und besprochen. Freiflächen im Hallschlag, z. B. Nastplatz, Dracheninsel, die Spielplätze an der Bottroper Straße, wurden umgestaltet und hergerichtet. Neue Parks und Wohnungen entstanden mit dem Travertinpark, dem Park auf dem alten Lausterareal und den Wohnungen an der Hartensteinstraße. Neue Wegeverbindungen für Fußgänger und Radfahrer wurden geschaffen.

WIE GEHT ES WEITER? | Die erfolgreiche Arbeit des Stadtteilmanagements ist 2015 um weitere zwei Jahre verlängert worden. Für den Bau der Begegnungsstätte Haus Römer wurden im Haushalt 2016/2017 insgesamt 374.000 Euro Investitionszuschuss eingestellt, nachdem wir Grünen bereits im Jahr 2012 beantragt hatten, Mittel für die Finanzierung zu sichern. Die Visitenkarte des Gebiets, die Straße „Am Hallschlag“, möchten wir Grünen in einen Boulevard mit Verkehrsreduzierung umgestalten. Beschlossen ist bereits, dass nach dem Abriss der alten Häuser ab 2016 94 Wohnungen zwischen Lübecker und Rostocker Straße neu gebaut werden. – Ganz schön viel geschafft und noch nicht fertig! Die Arbeit eines Gemeinderats braucht einen langen Atem.

Andrea Münch



Reiterkaserne. Foto: Andrea Münch



Körschtalschule: Eine gute und starke Schule braucht auch die nötige Unterstützung!

■ Die Schule wirbt mit dem Satz: „An der Gemeinschaftsschule Körschtal führen viele Wege zum Ziel – und jeder Schüler wählt seinen eigenen.“ Damit ist die Idee der Gemeinschaftsschule sehr schön beschrieben. Ein vielfältiges, individuelles und an die Bedürfnisse der SchülerInnen angepasstes Lernangebot benötigt aber entsprechende Räumlichkeiten. Und die müssen der Schule zur Verfügung gestellt werden.

NACHTEILE UND KÜRZUNGEN ABGEWENDET | Eigentlich war vor den Haushaltsberatungen alles klar. Die Planungskosten für die Interimsbauten in Höhe von 3,5 Millionen Euro sowie Planungsmittel für die Schulerweiterung und für den Neubau einer gemeinsam von der Körschtalschule und dem Paracelsus-Gymnasium Hohenheim (PGH) genutzten Mensa waren von der Verwaltung gesetzt. Leider war die Umsetzung dieses Konzepts mit dem Neubau der Mensa in den Innenhof des PGH verbunden. Der Vorteil für eine Schule sollte mit dem Nachteil für die andere Schule eingekauft werden. Das wollten nun weder die Schulen noch die Politik; das Konzept der Verwaltung wurde mit einem fraktionsübergreifenden Antrag von CDU, Grünen und SPD erfolgreich abgewehrt.

Aber dann stand plötzlich alles auf der Kippe, sogar die Interimsbauten. Plötzlich musste gekämpft werden, und leider müssen wir immer noch um jeden kleinsten Fortschritt für die Körschtalschule hart ringen. Immerhin konnten wir die CDU davon überzeugen, ihren Streichantrag für die dringend benötigten Interimsbauten für die Körschtalschule zurückzuziehen.

DRAN BLEIBEN! | Das kann aber nicht alles für die nächsten zwei Jahre sein. Denn in der Vorlage der Verwaltung steht, dass für die Mensa die Mittel zur Weiterplanung bis zum Projektbeschluss zur Verfügung stehen, und zwar als Teil der Pauschale zur Errichtung von Ganztagschulen. Das muss auch jetzt noch gelten, auch wenn der Verwaltung die Ablehnung ihrer oben beschriebenen Konzeptvariante nicht schmeckt. Die Körschtalschule muss die Interimsbauten zum Beginn des neuen Schuljahrs nutzen können. In den Gesamtkosten für die Übergangslösung sind enthalten: Interim für acht Klassen (eingeschossig), Materialraum und Lehrerstützpunkt, sanitäre Anlagen für bis zu 200 SchülerInnen sowie Einrichtung und Ausstattung. Diese Bauten müssen so auf dem Schulgrundstück platziert werden, dass sie alle Optionen für die weitere Schulentwicklung offen lassen.

DIE NÄCHSTEN SCHRITTE STEHEN SCHON AN. | Die Konzepte für die Schulerweiterung und die Lage der Mensa müssen mit den Schulen, mit der Elternschaft, mit der Verwaltung und der Politik in einem transparenten Dialog entwickelt werden, so dass für den nächsten Doppelhaushalt belastbare Konzepte und Kostenschätzungen vorliegen. Wir lassen hier nicht locker.

Gabriele Munk



Die Körschtalschule, seit Sommer 2014 Gemeinschaftsschule, hat sich als eine der ersten Schulen in Stuttgart auf den Weg gemacht, nicht nur ein Ganztagsangebot für den Stadtteil zur Verfügung zu stellen, sondern auf den Fildern ein neues Schulkonzept anzubieten. Doch an den Räumen hapert es.



Foto: Gabriele Munk



Foto: Stadt Stuttgart, Stadtmessungsamt



GRÜNER ERFOLG:
NEUWÄHLER

Friedrichswahl

Die Auffahrtsrampe muss weg!

■ Wer kann die vielen Ortstermine zählen, bei denen wir vom Bahnhof Zuffenhausen auf das monströse Ohr samt vierspuriger B10 blickten und auf Abhilfe sann? Mehrfach gab es Untersuchungen für den Abriss und die Einhausung oder Tieferlegung der Hochtrasse, die Zuffenhausen so zerschneidet, dass einzig durch drei Tunnel fußläufige Verbindungen möglich sind. Dazu kommen der unsägliche Lärm und die Luftverschmutzung. 300.000 Euro Planungsmittel sind jetzt im Haushalt eingestellt, um zu untersuchen, wie – nach Abriss der Rampe Friedrichswahl – die Heilbronner Straße stadtauswärts an die Hochtrasse anschließbar ist: unter der Stadtbahn hindurch mit Option auf eine spätere Verlegung der Hochtrasse in einen Tunnel (Präferenz der Grünen) oder über die Stadtbahn hinweg, was womöglich eine Zementierung der Hochtrasse auf ewige Zeiten bedeutet.

GROSSE VERANTWORTUNG – AUCH FÜR DEN BUND! | Nur eine teure Planung zu machen, reicht nicht. Es muss dringend eine Perspektive her, wie und vor allem mit welchem Geld diese dann auch umgesetzt werden kann. Verdient hätten es die Zuffenhausener allemal.

Am anderen Ende der B10 kommen wegen Verbesserung des Verkehrsflusses nach dem Entflechtungsgesetz von Bund und Land immerhin 112 Millionen Euro, doch bleibt die Stadt auf der Differenz zu den zurzeit auf 270 Millionen Euro aufgelaufenen Gesamtkosten sitzen. Eine Sichtweise wäre, dass die Stadt bei der Friedrichswahl aus Gerechtigkeitsgründen halt ebenfalls in die Schatulle greift und die Maßnahme finanziert. Aber die Stadt hat keinen Goldesel. Und wir Grünen wollen den Haushalt im Zaum halten. Auch wenn das viele Geld ohne unsere Zustimmung im Rosensteintunnel vergraben wird. Ergo: Ein Bundesförderprogramm muss her, und zwar zur Revitalisierung der Stadtbezirke, in denen die Einwohner unter den fehlgeleiteten Planungen einer autogerechten Stadt und den daraus resultierenden Bau-sünden besonders leiden. Dies ist ein Aufruf an alle Bundestagsabgeordneten!

Silvia Fischer



BAD CANNSTATT

Mehr Parkraum-Konzepte!

Die Vorteile sind spürbar, das Parkraummanagement wird nun auf weitere Teile Stuttgarts übertragen. Auf S-West und die Innenstadt folgt Bad Cannstatt – und bald auch die Neckarvorstadt?

■ Das Vorbild, das Parkraummanagement (PRM) im Westen, ist bis heute ein voller Erfolg. Es senkt den Pendel- und Parksuchverkehr deutlich und konnte somit Anwohner und Umwelt entlasten. Weitere Stadtteile ziehen nach: Bis 2018 soll das PRM auf weitere Innenstadtbezirke und Bad Cannstatt ausgeweitet werden. Die im letzten Jahr eingeführte zweite Umsetzungsstufe der Parkraumbewirtschaftung war sehr erfolgreich, da bereits im Vorfeld – in Absprache mit den Bezirksbeiräten – Gebietsanpassungen vorgenommen wurden und somit besonders auf die Bedingungen und Bedürfnisse vor Ort eingegangen werden konnte.

PARKRAUMMANAGEMENT HEISST AUCH: DIE SPEZIELLEN ANFORDERUNGEN VOR ORT BERÜCKSICHTIGEN! | In Bad Cannstatt wurden für die künftige Einführung bereits Anpassungen vorgenommen, welche die Grüne Bezirksbeiratsfraktion bei der Vorstellung der Planungen eingebracht hatte. So ist beispielsweise das Kur-saalviertel nun vollständig und das Veielbrunnengebiet – das nicht nur während der Wasenzeit vom Parksuchverkehr geplagt ist – jetzt ebenfalls für die Bewirtschaftung

vorgesehen. Nicht in die Planung einbezogen ist aber die zwischen Wilhelma und Kraftwerk Münster liegende Neckarvorstadt. Aus unserer Sicht muss hier dringend eine Anpassung vorgenommen werden. Zum einen liegen große Publikumsmagnete wie die Wilhelma und das neu eröffnete Wizemann in unmittelbarer Nähe, zum anderen sind große Firmen wie Celesio und Mahle hier ansässig.

MIT MAHLE-MOBILITÄTSKONZEPT | Mahle plant eine Erweiterung des Hauptstandortes um ca. 900 Arbeitsplätze. Diese positive Entwicklung und das Bekenntnis zum Standort Stuttgart sind sehr zu begrüßen. Allerdings sollte man die künftigen verkehrlichen Auswirkungen frühzeitig berücksichtigen. Für die Stadt heißt dies, dass das nur 3.800 Einwohner umfassende Gebiet bereits im Vorfeld vor möglicherweise steigendem Pendel- und Parksuchverkehr geschützt werden muss. Eine Parkraumbewirtschaftung ist daher notwendig. Darüber hinaus sollte für die Firmenerweiterung ein Mobilitätskonzept erstellt werden. Dieses sollte sowohl Anreize schaffen, welche die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs oder des Fahrrads fördern, als auch eine Planung beinhalten, die aufzeigt, wie die neuen Gebäude auf möglichst kurzem Weg von den Hauptverkehrsachsen aus angefahren werden können.

Björn Peterhoff



Foto: Wladyslaw Sojka/www.sojka.photo

Zukunft des Postareals: Beteiligung aller Akteure, keine vorschneellen Entscheidungen!

Rund um den Bahnhof Untertürkheim, im Stadtteilzentrum, auf dem Postareal: Wohin soll sich unser Stadtteil entwickeln? Mitmachen beim Festlegen der Leitplanken!

■ Im letzten STADTBLATT haben wir über die Entwicklung des Einzelhandels und des Stadtteilzentrums in Untertürkheim berichtet. Wie erläutert, sorgen wir uns um die negative Entwicklung des Zentrums, die in den letzten Jahren sinnbildlich im Umfeld des Bahnhofs Untertürkheim sichtbar geworden ist: Nach dem Verkauf des Bahnhofsgebäudes wurden die alten Nutzungen aufgegeben, sie sind Spielcasinos gewichen. Insgesamt hat sich die Aufenthaltsqualität im zentralen Eingangstor zum Stadtbezirk deutlich verschlechtert.

STUDIE UND MASTERPLAN ... | Aus diesem Grund haben wir in diesem Doppelhaushalt Mittel bereitgestellt, um der Negativentwicklung des Stadtteilzentrums entgegenzuwirken. Mit den Mitteln für die Studie „Stadtteilzentren konkret“ wollen wir die Zentren der Bezirke untersuchen, die sich in den letzten Jahren zum Schlechten entwickelt haben. Ergänzend hierzu haben wir speziell für Untertürkheim Gelder bereitgestellt, um einen Masterplan aufzustellen. Gemeinsam mit allen Beteiligten vor Ort sollen Maßnahmen definiert werden, wie auch städteplanerisch wieder eine positive Richtung eingeschlagen werden kann.

... UND DABEI BÜRGERSCHAFT, HANDEL UND GEWERBE EINBEZIEHEN! DENN DIE ZUKUNFT DES QUARTIERS GEHT UNS ALLE AN! | Bezeichnend für die bisherige Entwicklung und die bis dato ungenügenden Überlegungen zur Zukunft des Untertürkheimer Zentrums ist die Diskussion über die mögliche Ansiedlung eines Discounters im heutigen Postareal. Hiervon haben wir Grünen wie auch die meisten AnwohnerInnen erst aus der Presse erfahren. Nicht nur die BürgerInnen vor Ort, sondern auch die von Obertürkheim machen sich nach dem Verkauf des Areals Sorgen,

wie sich die Pläne des Investors auf die künftige Nahversorgungssituation auswirken werden, die heute durch zwei CAP-Märkte und weiteren Einzelhandel gewährleistet wird.

Von konkreten Plänen im Postareal wissen wir bisher nichts. Allerdings bedarf es bei gravierenderen Änderungen der Zustimmung des Gemeinderats – etwa bei Änderung des Baurechts oder beim Ankauf des angrenzenden städtischen Parkplatzes durch den Investor. Da aus unserer Sicht bereits heute unstrittig ist, dass die Ansiedlung eines Discounters negative Folgen für die Stadtentwicklung in Untertürkheim und die Nahversorgung in Obertürkheim hätte, lehnen wir Änderungen des Baurechts und den Verkauf von städtischen Flächen in Zentrumsnähe, die eine Ansiedlung eines Discounters im Postareal ermöglichen sollen, ab. Wir wollen, dass unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, des Bezirksbeirats, des Industrie-, Handels- und Gewerbevereins Untertürkheim e.V. und der Bezirksvorsteherin nun zügig mit der Ausarbeitung des Masterplans für Untertürkheim begonnen wird. In diesem sollen dann die Grundzüge der städtebaulichen Entwicklung vor Ort definiert werden.

Hierzu gehört auch die Vorstellung, welche Nutzungen an welcher Stelle sinnvoll sind, wie die verkehrliche Erschließung aussieht und schlussendlich, wie der öffentliche Raum gestaltet werden soll.

Wir Grünen sagen daher: Beginnen wir jetzt so schnell wie möglich, mit den BürgerInnen vor Ort über die künftige Entwicklung zu diskutieren, und übersetzen wir die dabei gefundenen Ergebnisse in den von uns angestoßenen Masterplan. Dieser gibt dann die Leitplanken für die künftige Entwicklung vor – und nicht eine aus unserer Sicht schädliche Ansiedlung eines Discounters!

Björn Peterhoff

■ STUTTGARTER WAHRZEICHEN WIEDER GEÖFFNET

O Freude! Ziemlich genau drei Jahre, nachdem er geschlossen wurde, weil der Brandschutz heutigen Standards nicht mehr genügte, haben die Stuttgarter ihren Turm wieder. Und feiern wenige Tage nach der Wiedereröffnung gleich noch einmal: 60 Jahre Stuttgarter Fernsehturm.

Kommunalpolitische Chronik

Wieder wollen wir Ihnen an dieser Stelle Rechenschaft über den öffentlichen Teil unserer Anträge und Anfragen der letzten Monate geben, mit denen wir unser Grünes Programm auf den Weg bringen wollen. Anträge sind und bleiben das Königsrecht des Stadtrats, mit dem er die Verwaltung beflügeln oder zwingen kann, bestimmte Themen zu bearbeiten, und mit dem sich dann auch Abstimmungen in diesem Gremium herbeiführen lassen. Eine Auswahl.

■ Mit ihrem kommunalen Energiesparprogramm stellt die Stadt jährlich 2,5 Millionen Euro vor allem für Wärmedämmungen von Wohnhäusern zur Verfügung. In den Jahren 2013 und 2014 wurden diese Mittel jedoch nicht vollständig abgerufen. *Silvia Fischer* will **MEHR ALTHAUSBESITZER ZUR SANIERUNG MOTIVIEREN**. Sie hält es für überfällig, die Richtlinien des Programms zu aktualisieren und sinnvoll mit dem Programm des Landes Baden-Württemberg zu verzahnen. Dieses stellt über die L-Bank ebenfalls Darlehen zu attraktiven Konditionen zur Verfügung.

Um Sucht- und psychisch Kranken, Haftentlassenen, Wohnungslosen und anderen Personen in nach Sozialgesetzbuch besonderen Lebensverhältnissen wieder eine feste Tagesstruktur zu ermöglichen, bilden **NIEDERSCHWELIGE ARBEITSGELEGENHEITEN**

einen Einstieg. Die Stuttgarter Sozialverwaltung war beauftragt, mit dem Job-Center den Bedarf in der Stadt festzustellen, auf dessen Basis ein Angebot an öffentlich geförderten niederschweligen arbeitsähnlichen Tätigkeiten geschaffen werden kann. *Petra Rühle* drängt auf baldige Berichterstattung im Sozialausschuss.

Clarissa Seitz will **PONYKARUSSELLS AUF WEIHNACHTS- UND JAHRMÄRKTEN EINSTELLEN**. Die permanente Lärm- beschallung, das ständige stupide Im-Kreis- Laufen, fehlende Bewegungsmöglichkeiten im Geschirr und harte metallene Trensen, die zu Deformationen des Kiefers führen können, stellen eine große Tortur für die kleinen Pferde dar. Zudem wird Kindern ein völlig falsches Bild dieser Tiere vermittelt – statt niedlich sind sie vor allem leidend. Dieses Leidenmüssen ist nach dem Tierschutzgesetz bedauerlicherweise immer noch zulässig, weil die Ponys eben „nur“ dauerhaft leiden und nicht sofort schwer erkranken.

Der Filderbahnplatz ist mit dem alten Bahnhof und dem Bürgerhaus ein attraktiver und zentraler Ort in Möhringen und zugleich ein wichtiger Verkehrsknoten. Einen wichtigen Knotenpunkt stellt die vom Sozialunternehmen Neue Arbeit betriebene Radstation dar, die intensiv genutzt wird. Doch deren Tage sind gezählt, seit das Grundstück verkauft ist, auf dem sie steht.

Petra Rühle will sich Alternativen für die **FAHRRAD-SERVICE-STATION MÖHRINGEN** darstellen lassen. Zwei hat sie vorgeschlagen: Unter Umständen könnte die Station auf einer Fläche in der Nähe von Bahnhof und Bürgerhaus am Filderbahnplatz untergebracht werden. Oder sie kommt in dem derzeit von der Post genutzten Gebäude unter, das Ende Februar frei wird.

Der Neckar ist wegen seiner geringen Strömung hier in Stuttgart bei Ruderern und Paddlern beliebt. Etliche von ihnen sind Mitglied in einem der beiden Ruderclubs in Untertürkheim bzw. Bad Cannstatt. Wollen sie aus dem einen „Revier“ ins andere wechseln, müssen sie die großen Schleusen für die motorisierten Frachtkähne benutzen. Eine kleine Sportbootschleuse ist seit Jahren außer Betrieb und die Möglichkeit, kleine Boote umzutragen, durch Baugerät verstellt. Da an den großen Schleusen die Frachter immer Vorfahrt haben, zudem sowieso meistens lange Wartezeiten entstehen und ein enormer Aufwand mit dem Schleusen einhergeht, erkundigt sich *Christine Lehmann*, wie sich die **STAUSTUFE BAD CANNSTATT ÜBERWINDEN** lässt.

EIN GESUNDHEITSCAMPUS NEBEN DEM MINERALBAD BERG könnte dieses sinnvoll ergänzen. Deswegen wird die Forderung nach dem Bau eines solchen Campus

DAS
STADT
BLATT

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

gefällt Ihnen DAS STADTBLATT? Wir freuen uns über Ihr Lob, nehmen aber auch Ihre Anregungen sehr gerne entgegen.

Wenn Sie denken, dass Ihre Freunde, Bekannten und politischen Gegner DAS STADTBLATT ebenfalls lesen wollen, nehmen wir gern deren Adresse auf – schicken Sie uns einfach die umseitige Karte ausgefüllt zurück. Grüne Ziele müssen noch bekannter gemacht werden, grüne Politik braucht noch mehr Unterstützung. Schön, wenn Sie uns dabei helfen.

OPERATION SICHTBARKEIT

15 JAHRE
IG CSD STUTTGART E.V.

■ DEUTLICHE SIGNALE

Klare Ansage vom Team des CSD Stuttgart. Mit dem Motto „Operation Sichtbarkeit“ wird in diesem Jahr die Sichtbarkeit von Vielfalt in den Mittelpunkt der Veranstaltungen und Aktivitäten gestellt. Ein politisches Signal gegen Diskriminierung und für Vielfalt, das wir unterstützen. Wir Grünen gratulieren dem Stuttgarter CSD zu seinem 15. Geburtstag!

Das Programm des CSD-Kulturfestivals, das dieses Jahr vom 22. bis 31. Juli stattfinden wird, steht unter www.csd-stuttgart.de.

Illustration: CSD Stuttgart

auch von den Berger BürgerInnen erhoben. Jedoch hat sich in den vielen zwischenzeitlich ins Land gegangenen Jahren kein Investor für das Projekt erwärmen können, obwohl schon etliche Anläufe unternommen wurden und Prüfungen erfolgt sind. Deswegen hat sich die Grüne Fraktion früh dafür ausgesprochen, diese Fläche für den Bau dringend erforderlicher Wohnungen, speziell für Baugemeinschaften, bereitzustellen. Im Jahr 2013 wurde noch eine letzte Frist für die Suche nach einem Investor gewährt. Mitte 2015 ist sie abgelaufen. Dennoch war zu lesen, dass die Stadt einen Wettbewerb für die Campus-Lösung ausgeschrieben wolle. *Silvia Fischer* wundert sich darüber und fordert einen Bericht über die städtische Vorgehensweise. Das Gebäudeensemble Daimlerstraße 100/ Veielbrunnenweg 23/25 bildet eine markante Straßenecke, es hat Charakter und

prägt das Orts- und Straßenbild. Das Ensemble liegt in einem Sanierungsgebiet, dessen Neuordnungskonzept ausdrücklich den **ERHALT VON ORTSBILDPRÄGENDEN ENSEMBLES** fordert. Deshalb sollte der Verkauf des Ensembles unter strengen Auflagen und Nutzungsbegrenzungen an einen privaten Investor ausgeschrieben werden. Da dies noch immer nicht erfolgt ist, drängt *Andrea Münch* auf zügige Durchführung und will mindestens beim Gebäude Daimlerstraße 100 den Beschluss einhalten, das Gebäude nicht plattzumachen. Vor wenigen Wochen startete in München ein wegweisendes Integrationsprojekt unter der Schirmherrschaft des Münchner OBs: ein gemeinsames Zuhause für 66 unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) und 44 Studenten. **INTEGRATION DURCH GEMEINSAMES WOHNEN VON STUDENTEN UND JUNGEN FLÜCHTLINGEN.** Neben

der Betreuung durch 14 MitarbeiterInnen eines überkonfessionellen Sozialhilfeunternehmens ist vor allem der gemeinsame Alltag von Flüchtlingen und Studenten von Vorteil. Fast nebenbei wird vieles für eine schneller und besser gelingende Integration geleistet: Die deutsche Sprache wird rascher gelernt, unsere kulturellen Werte werden vorgelebt und erlebt, Motivation für Ausbildung und Studium wird geschaffen. Durch das Zusammenlegen der Lebenswelten wächst das Verständnis für die unterschiedlichen Kulturen und Biografien – die Welt wächst ein Stück zusammen. *Andreas G. Winter* bittet um einen Bericht aus München im Jugendhilfe-Ausschuss und um Prüfung, wo sich in Stuttgart ein solches gemeinsames Wohnen realisieren ließe. Mit Beginn des Feinstaubalarms hat es angefangen zu schneien. Nicht wenige Men-

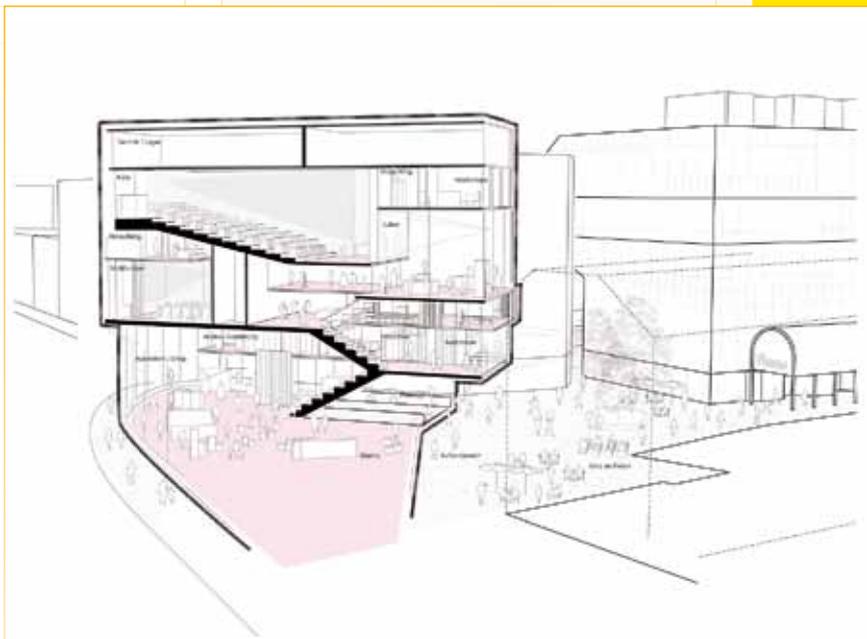
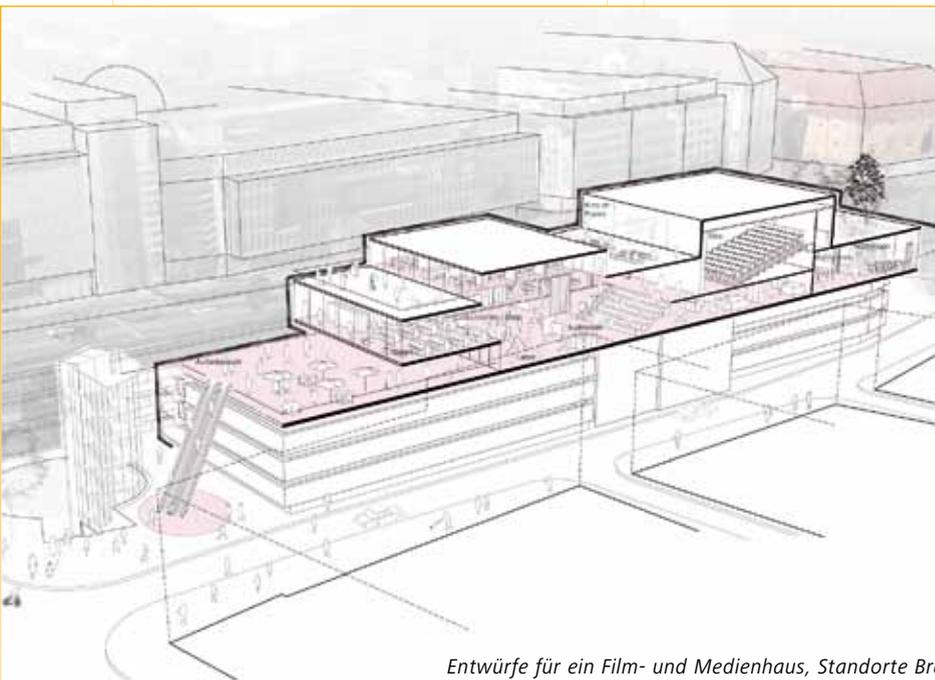
[Antwort gern auch via E-Mail an: gruene.fraktion@stuttgart.de, oder per Fax an: 0711 216-60725]

Ja bitte,

senden Sie DAS STADTBLATT künftig auch an diese Adresse/n, per Post oder E-Mail:

An
Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat Stuttgart
Rathaus, Zimmer 8
Marktplatz 1
70173 Stuttgart

Ja, ich habe einen Verbesserungsvorschlag:



Entwürfe für ein Film- und Medienhaus, Standorte Breuninger-Parkhaus (links) und Calwer Passage. Illustrationen: haascookzemmrich/Studio 2050

schen haben das Bemühen der Stadt unterstützt, in den Tagen des Feinstaubalarms Autofahrer dazu zu bewegen, alternative Verkehrsmittel zu benutzen, und sind mit dem Fahrrad zur Arbeit gefahren. Aber obwohl die RadlerInnen zugleich auch noch den Nahverkehr entlasten, wurde nicht dafür gesorgt, die zugeschnittenen und vereisten Radwege schnell zu räumen. Beim Fahrradbeauftragen sind in den ersten drei Tagen zahlreiche Beschwerden über vereiste Radwege eingegangen. *Christine Lehmann* beantragt, **RADSPUREN UND RAD-ROUTEN UNVERZÜGLICH VON SCHNEE UND EIS ZU BEFREIEN** – ganz besonders an Tagen des Feinstaubalarms und mindestens die Hauptradrouten.

Immer dann, wenn gravierende Änderungen den Alltag durcheinanderwirbeln, sind Menschen besonders empfänglich dafür, Routinen zu hinterfragen und beispielsweise ihr Mobilitätsverhalten zu ändern. Verkehrspsychologisch ist nachgewiesen, dass dann Anreize für den Umstieg auf den ÖPNV besondere Erfolgchancen haben; also etwa bei Umzügen oder wenn das erste Kind kommt. Auf Grüne Initiative hin ist eine **NAHVERKEHRSFÖRDERUNG** beschlossen und Geld als Anschub für ein Neubürger- und Babyticket bereitgestellt worden. Zudem hat das Land Fördergelder zugesagt. *Björn Peterhoff* will als Maßnahme gegen den weiterhin zunehmenden – und vom Klimawandel anscheinend unbeeindruckten – motorisierten Individualverkehr das **NEUBÜRGER- UND BABYTICKET** jetzt umsetzen.

Die am Kursaal in Bad Cannstatt gelegene Sportklinik will sich grundlegend modernisieren und vergrößern. Lange wurde für sie ein Standort im Neckarpark favorisiert; jedoch scheint dieser jetzt nicht mehr in Frage zu kommen. *Andrea Münch* und *Björn Peterhoff* stehen den aktuellen Überlegungen zur Weiterentwicklung der Sportklinik am Standort Kurpark kritisch gegenüber: Am bestehenden Standort würde der Baukörper zu groß und zu hoch und deshalb den Charakter des Wohnviertels dominieren. Außerdem wäre dort Wohnen grundsätzlich besser geeignet. Daher soll der **STANDORT DER SPORTKLINIK IM NECKARPARK ERNEUT GEPRÜFT** werden.

Martin Steeb

Alle diese Anträge und Anfragen wie auch weitere, hier nicht erwähnte Anträge (zum Beispiel allein die 79 Anträge zum Haushalt 2016/2017) können auf der Homepage der Grünen Gemeinderatsfraktion nachgelesen werden: www.lust-auf-stadt.de, Menü „Anträge“, dort Stichwort „Haushalt 2016/2017“.

■ FILM- UND MEDIENHAUS AUF STANDORTSUCHE

Der Verein neues Kommunales Kino hat die Ergebnisse von Phase 1, der Suche nach einem Standort für ein Film- und Medienhaus in Stuttgart, präsentiert. 60 Standorte wurden auf ihre Eignung überprüft, fünf haben es in die engere Wahl geschafft – darunter die beiden oben skizzierten: Breuninger-Parkhaus und Calwer Passage. Jetzt entscheiden Kommunalpolitik und -verwaltung, welche Standorte vertieft untersucht werden sollen. Voraussichtlich Mitte 2016 soll die Grundsatzentscheidung für ein Film- und Medienhaus getroffen werden.

Sind wir Rad-Ideologen?

■ Was ist eine Ideologie? Eine Meinung, von der man meint, dass viele andere sie für richtig halten? Wie: Niemand wird ein Auto kaufen, solange es Pferde gibt. Oder: Computer werden niemals Allgemeingut werden. Und wer braucht schon ein transportables Telefon? In Leipzig wehrt sich die CDU gegen die „absurde“ Forderung der Grünen, dass RadfahrerInnen auf den Fahrbahnen fahren sollen. Der Stadtrat erklärt: „Gesundheit und Leben der Verkehrsteilnehmer dürfen keinesfalls zum Spielball ideologischer Selbstverwirklichung werden.“ Ach so, Radfahren ist Ideologie?

ALLES EGOISTEN! STAU-KNEIFER, PARKHAUS-FLÜCHTLINGE! | Ich fahre Rad, weil ich mich mehr bewegen will, weil ich keine Lust habe auf Stau, auf das Suchen nach Parkplätzen, das Gefummel an Parkautomaten, die Märsche durch funzelig beleuchtete Parkhäuser, das Warten auf den Bus, das Gezuckel in übervollen Bahnen. Weil ich schneller und pünktlicher ankomme. Dass ich dabei den Stadtverkehr vom Stau entlaste und weniger Feinstaub, giftige Abgase und Lärm produziere, ist ein Nebeneffekt, den ich mir unverdient zugute halten kann. Ist das Ideologie? Sollte man uns nicht lieber als Egoisten schimpfen: als Stau-Kneifer, Parkhaus-Flüchtlinge, Bewegungs-Lüstlinge?

Foto: Redaktion

Ich schätze mal, die meisten fahren genauso egoistisch Auto: drinnen ist es warm, man kann Radio hören und Getränkeboxen tagelang im Kofferraum spazieren fahren. Was macht uns also zu Ideologen – die Feststellung, dass wir gesünder leben und die Umwelt entlasten?

Ja gut, Gesundheit und Umwelt, alles nett – sagen die Autofans –, aber die Wirtschaft! Und was Radwege so kosten. Tatsächlich muss man nur ein paar Millionen für Radinfrastruktur ausgeben, und so ein Stadthaushalt umfasst über vier Milliarden Euro. Wenig Geld für einen großen Effekt. Tatsächlich kommen doch auch Lieferwagen und Handwerker nicht mehr durch die Stadt, wenn immer mehr Autos sich im Kessel stauen. RadfahrerInnen nehmen ihr Auto aus dem Stau heraus, sie schlängeln sich auf Rädern daran vorbei oder ganz woanders lang. Das ist doch eigentlich nett. Steckt die Ideologie darin, dass ich das so sehe und sage? Wäre es keine Ideologie, wenn ich sagen würde, Stuttgart ist halt eine Autostadt. Und wir werden eh alle immer älter. Also kann das alles nicht so schlimm sein.

Stimmt, wir werden immer älter, aber wir sind dabei nicht sonderlich gesund. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Übergewicht, Bewegungsmangel kosten Krankenkassen, Arbeitgeber und unser Sozialsystem einen Haufen Geld. Radfahrerstädte wie Kopenhagen oder Amsterdam haben eine gesündere Bevölkerung. Das spart Geld. Warum wüten trotzdem so viele gegen Radler? Könnte es sein, dass das Ideologie ist?

Christine Lehmann

DAS STADTBLATT | FEBRUAR 2016 | IMPRESSUM

HerausgeberInnen: Anna Deparnay-Grunenberg, Silvia Fischer, Benjamin Lauber, Vittorio Lazaridis, Christine Lehmann, Andrea Münch, Gabriele Munk, Gabriele Nuber-Schöllhammer, Björn Peterhoff, Petra Rühle, Beate Schiener, Clarissa Seitz, Jochen Stopper, Andreas G. Winter

Titelfoto: Joachim E. Röttgers

Redaktion: Petra Rühle und Andreas G. Winter (verantwortlich), Nicole Kiemel und Martin Steeb

Redaktionelle Mitarbeit, Gestaltung: Sabine Weissinger, freie Journalistin, Stuttgart

Bündnis 90 / Die Grünen im Gemeinderat der Stadt Stuttgart

Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart
Telefon 0711 216-60722, -60723, -60727
Telefax 0711 216-60725

Geschäftsstelle:

Rebecca Benez, Thomas Dengler, Nicole Kiemel, Martin Steeb

Diskussionsbeiträge willkommen unter:

gruene.fraktion@stuttgart.de

Druck: UWS, Stuttgart, auf 100 % Recyclingpapier

DAS STADTBLATT wird auf Wunsch zugeschickt und ist über das Internet verfügbar:

www.lust-auf-stadt.de

